

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Lehren der Etatpolitik der westeuropäischen Länder

Möller, Alex

Karlsruhe, 1949

[Rede]

[urn:nbn:de:bsz:31-140087](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-140087)

Lehren der Etatpolitik der westeuropäischen Länder

I.

Vor einigen Monaten haben die 19 am Marshallplan beteiligten Länder der Organisation for European Economic Cooperation in Paris ihre sogenannten *long-term-Pläne* eingereicht. Darin wird im einzelnen dargelegt, mit welchen Maßnahmen und Hilfsmitteln gesunde und normale Verhältnisse in den einzelnen Nationalwirtschaften zu schaffen sind. Im Vordergrund steht dabei das Problem des Ausgleichs der Zahlungsbilanz, da erhebliche Devisenbeträge für zusätzliche Einfuhren zugunsten des Wiederaufbaus zur Verfügung stehen müssen. Eine allen Anforderungen gerecht werdende Lenkung der Einfuhr ist aber nur möglich, wenn die gesamte Wirtschafts- und Finanzpolitik eines Landes — angefangen vom Außenhandel und der Währung bis hin zum Lebensstandard des einzelnen und seiner Belieferung mit Konsumgütern — planmäßig aufeinander abgestimmt werden. Mit der Beteiligung am Marshallplan mußten die einzelnen Staaten ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik bis zum Jahre 1952 weitgehend festlegen.

Die Planung im europäischen Raum setzt eine Planung innerhalb der einzelnen Länder voraus, und so ergibt sich mit geradezu gebieterischer Notwendigkeit für die einzelnen europäischen Regierungen eine Koordinierung der gesamten Industrie-, Agrar-, Finanz-, Kredit- und Sozialpolitik, um durch direkten oder indirekten Einsatz von Staatsmitteln zusammen mit der Marshallplanhilfe einen organischen Wiederaufbau zu gewährleisten und jede Fehlleitung von Kapital und Produktion auszuschließen. Im Rahmen dieser sich abzeichnenden neuen Wirtschaftsstruktur, die in ihren entscheidenden Zügen letzten Endes planwirtschaftlich bestimmt sein wird, interessieren die Unterschiede in der Wahl der Lenkungsmittel — ob restriktive Handelspolitik durch Drosselung der Importe wie bei Großbritannien und neuerdings bei Schweden, oder eine mehr extensive Wirtschaftspolitik wie sie Belgien z. B. gleich nach Beendigung des Krieges betrieben hat — erst in zweiter Linie.

Wesentlicher für unsere Betrachtung ist die Tatsache, daß dieser wirtschaftliche Strukturwandel auch für die Staatshaushaltsführung von besonderer Wichtigkeit ist; denn die wachsende Einflußnahme des Staates auf Sektoren, die früher dem freien Spiel der Kräfte überlassen waren, hat eine gebietsmäßige und volumenmäßige Ausweitung des Budgets zur Folge, welche dem Staatshaushalt eine viel größere Bedeutung als bisher verleiht.

Auf diese wachsende Staatstätigkeit hat zuerst am Ende des vorigen Jahrhunderts der Nationalökonom Adolf Wagner¹⁾ aufmerksam gemacht, als er darauf hinwies, daß eine immer größere und wichtigere Quote der Gesamtbedürfnisse eines fortschreitenden Kulturvolkes durch den Staat statt durch andere Gemein- und Privatwirtschaften befriedigt werde. Diese Entwicklung wirkt sich nicht nur auf die Wirtschafts- und Finanzpolitik, sondern auch auf die soziale Struktur aus. Während nämlich 1882 der Anteil der Angestellten und Beamten einschließlich der Hofbeamten 6,4% gegenüber 47,5% bei den Arbeitern betrug, war die Quote der Angestellten und Beamten 1925 auf rd. 16% gestiegen, die der Arbeiter im gleichen Zeitraum auf rd. 45% gesunken. Den entscheidenden Impuls hat diese von Wagner zuerst aufgezeigte Entwicklung der fortschreitenden Bürokratisierung unseres Gesellschafts- und Wirtschaftslebens im ersten Weltkrieg erfahren, als die Finanzierung des Krieges sowie der Aufbau der Rüstungswirtschaft und ihre Versorgung mit Rohstoffen und Menschen zu weitreichenden Eingriffen des Staates in das private Wirtschaftsleben führte. Nach Friedensschluß erfolgte zwar ein Abbau der kriegswirtschaftlichen Staatstätigkeit und damit auch eine gewisse Schrumpfung, aber die fortschreitende Bürokratisierung unseres Wirtschaftslebens konnte selbst durch einen 2. verlorenen Krieg und die dadurch notwendigen Sparmaßnahmen nicht entscheidend aufgehalten werden. Besonders instructive Zahlenbeispiele dafür finden sich in den Veröffentlichungen des Bayerischen Statistischen Amtes.²⁾

Auf 1000 Erwerbspersonen
entfallen Verwaltungspersonen

1907	9,5
1925	16,2
1933	16,0
1939	21,0
1946	20,3

Dabei ist zu berücksichtigen, daß in den Zahlen von 1939 auch der Verwaltungsapparat der früheren NSDAP einbegriffen ist. Es war also, wie wir heute rückschauend feststellen müssen, nach dem 1. Weltkrieg nicht gelungen, die Staatstätigkeit und damit auch den Umfang des Budgets wieder auf den alten Stand zurückzuführen bzw. zu beschränken; denn die in den zunächst überhastet und meist unorganisch hochgezüchteten Kriegsindustrien beschäftigten Arbeiter mußten im Frieden weiterhin eine Verdienstmöglichkeit haben. Eine verstärkte Investierung für den Friedensbedarf war zunächst Ursache für eine ausreichende, ja gute Beschäftigungslage. Als später die Investitionen nachließen und eine Schrumpfung des Sozialprodukts nicht nur in Deutschland, sondern auch

¹⁾ Allgemeine oder Theoretische Volkswirtschaftslehre I. Teil Leipzig 1879. Von neueren Arbeiten sei vor allem auf das ausgezeichnete Buch von Henry Laufenburger „Finances Comparées“ Paris, 1947, hingewiesen.

Vergl. dazu neuestens noch F. Terhalle: „Die Finanzwirtschaft des Staates und der Gemeinden“, Berlin 1948; insbes. Teil 2.

²⁾ „Bayern in Zahlen“, Monatshefte des Bayerischen Statistischen Landesamts Hef 7/8 — Juli/August 1948 S. 175 f.

in den übrigen Ländern eintrat, wurde das Problem der Arbeitslosigkeit bedrohlich groß. Da an der Verwaltung und Verteilung des Sozialprodukts wesentlich mehr Menschen als früher beteiligt waren, mußte jeder Wirtschaftsrückgang weiterreichende Folgen haben, weil er sich nicht nur auf dem Produktions-, sondern auch auf dem Verteilungssektor entsprechend auswirkte. — Die Arbeitsbeschaffungsprogramme, die durch die Bereitstellung außerordentlicher Mittel im Haushalt diese Schwierigkeiten beheben sollten, unterschieden sich budgetmäßig betrachtet eigentlich nur in der friedlichen Zielsetzung, aber nicht im Prinzip von den im Kriege angewandten Finanzierungsmethoden.

Der erste Weltkrieg stellt aber auch in anderer Hinsicht, die für unsere Betrachtungsweise wichtig ist, eine Cäsar dar; denn mit ihm begann die Entthronung Europas, das bisher der Weltwirtschaft sein Gepräge gegeben hatte, und sie vollendete sich durch den zweiten Weltkrieg, in dem Europa rd. zwei Drittel seiner Exportmärkte verlorengelassen sind.

Wir müssen ferner beachten, daß durch die rasch ansteigende Bevölkerungszahl in fast allen europäischen Ländern die Bevölkerungsdichte gestiegen ist, d. h. daß die einzelnen näher aneinanderrücken müssen. Sombart hat auf die erstaunliche Tatsache hingewiesen, daß sich in der Zeit von 600—1800 die Bevölkerungszahl in Europa nur verhältnismäßig langsam, auf etwa 180 Millionen Einwohner vermehrt, aber von 1800—1940 rd. verdreifacht hat.

Da der Raum gleich groß geblieben ist, mußte sich zwangsläufig ein Aneinanderrücken und eine Zusammenballung in viel größerem Ausmaß ergeben. Dieses Zusammenrücken bedingte eine größere Rücksichtnahme und ein stärkeres Zusammenarbeiten; es förderte gleichzeitig das Bedürfnis nach Spezialisierung und trug damit zu einer gegenseitigen Abhängigkeit entscheidend bei.⁵⁾ Die rasch aufblühende Industrie, welche diesen vermehrten Bevölkerungsmassen Arbeit und Brot gab, war eindeutig auf eine expansive, um nicht zu sagen imperialistische Wirtschafts- und Absatzpolitik eingestellt. Das Ausweichen in die übrige Welt machte es früher den wirtschaftspolitisch bestimmenden europäischen Mächten verhältnismäßig einfach, den auch damals zu verzeichnenden Depressionswellen zu begegnen. Die Schwierigkeiten entstanden eigentlich erst in dem Augenblick, als die Expansion ihr Optimum erreicht hatte, d. h. als die übrige Welt dem europäischen Markt erschlossen war, und als nunmehr eine rückläufige Bewegung, eine Abkehr von Europa, einsetzte und die übrigen Erdteile mit ihren Erzeugnissen zu Konkurrenten Europas wurden.

⁵⁾ Vergl. zu dieser Frage neuerdings E. Wagemann: „Menschenzahl und Völkerschicksal“, Hamburg 1948, auf dessen neu geprägten Begriff der Siedlungsspannung in diesem Zusammenhang nicht näher eingegangen werden kann. „In den Volkswirtschaften mit der höchsten Bevölkerungsdichte sind die Außenhandelsätze annähernd 3 mal so hoch wie in der ersten Dichtezone.“ Wagemann a.a.O. S. 70.

Das sozial Entscheidende bei dieser Entwicklung war die Tatsache, daß nicht zuletzt im Zuge der Industrialisierung aus der Arbeitskraft eine Ware gemacht worden ist, die nun ebenso wie die Produktion starken Marktschwankungen unterlag. Es ist dem Staat damaliger Prägung weder gelungen, dieser Masse die überlieferte Kultur zu vermitteln, noch sie organisch in die Gesellschaft und die Wirtschaft einzugliedern; die Masse der arbeitenden Bevölkerung nicht von einer Eliteschicht „führen“ zu lassen, sondern sie organisch einzugliedern und zum tragfähigen Fundament einer künftigen Gesellschaftsordnung zu machen, ist eine Aufgabe des 20. Jahrhunderts.

Der entscheidende Beitrag zur Lösung dieser Aufgabe ist ein sozial und wirtschaftlich abgewogener Einsatz der Arbeitskraft, die nicht mehr als Ware, sondern als sozialer Faktor gewertet werden muß. Als ein, wie uns scheint, erfolgreicher Versuch, diese Forderung zu realisieren, sind die von einigen Staaten eingeleiteten Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung zu werten. Hierbei fällt dem Staatshaushaltsplan eine neue entscheidende Rolle zu.

Hinzu kommt ferner, daß mit dem fortschreitenden Ausbau der Technik ein geistiger und wirtschaftlicher Integrationsprozeß einsetzt, der nicht nur für den einzelnen, sondern auch für ganze Industriezweige zu verzeichnen ist. Die Verflechtung, aber auch die Abhängigkeit der einzelnen Industriezweige voneinander, ist ebenfalls größer geworden. Jeder Ausfall und jede Hemmung in einer Sparte können daher weitreichende Folgen für die gesamte Produktion haben, wie auch umgekehrt jede Förderung einer Sparte den anderen Nutzen bringt.

Dieser Integrationsprozeß, der nicht nur innerhalb der einzelnen Staaten, sondern in wachsendem Umfang auch für die zwischenstaatlichen Beziehungen gilt, und die praktische Unmöglichkeit, weitere neue Gebiete der europäischen Wirtschaft einzugliedern, haben es allmählich immer schwieriger gemacht, den zyklischen Schwankungen durch ein expansives Ausweichen zu begegnen. Umso gebieterischer ergab sich die Notwendigkeit, den Konjunkturschwankungen durch umsichtiges Planen Einhalt zu gebieten, und darüber hinaus zu versuchen, ihr Entstehen dadurch unmöglich zu machen.

Jeder Kampf gegen Krisen und Arbeitslosigkeit ist im Grunde gleichbedeutend mit einer mehr oder weniger offenen Einflußnahme des Staates auf das Wirtschaftsleben. Ansätze dazu finden wir bereits in dem sogenannten Arbeitsbeschaffungsprogramm der zwanziger Jahre. Sie treten, wenn wir von den extremen Fällen der diktatorischen Vier- und Fünf-Jahrespläne absehen, auch schon in der Roosevelt'schen New-Deal-Politik zu Anfang

der drei
lich be
die Far
entsche
dreißig
durch
zeichne
vaten M
gestaut
im Sinn
tritt, un
Rüstung
Investit

Ein
geleitet
dessen
des Mu
beruhte
land,
gehen
von 70
veransch
1914 er
Reserve
potenti
Umfang
hen Le
sind
produ

Da
möglich
gestell

In
mehr g
einen o
Mittel
aber nu
halt
samt

Der
öffentli
schaftli
vaten I
dessen

der dreißiger Jahre in den liberalen USA ziemlich deutlich zutage. Bekanntlich begann Roosevelt seinen New-Deal mit der Stützungsaktion für die Farmer. Durch weiteren planvollen Einsatz von Staatsgeldern hat er entscheidend dazu beigetragen, die hervorbrechende Deflationskrise der dreißiger Jahre abzufangen und damit eine Brücke zu der nicht zuletzt durch die Aufrüstung einsetzenden Konjunktur zu schlagen. Es ist bezeichnend, daß in dem Augenblick, wo ein gewisses Nachlassen der privaten Nachfrage, eine Sättigung des durch die Kriegsbewirtschaftung angestauten Kaufkraftbedarfs zu verzeichnen ist, der Staat wieder stärker im Sinne des Roosevelt'schen New-Deal als Auftraggeber in Erscheinung tritt, und zwar nicht nur, wie Truman angekündigt hat, auf dem Rüstungsgebiet, sondern auch für große volkswirtschaftlich bedeutende Investitionen.

Ein lehrreiches Beispiel für den durch die Entthronung Europas eingeleiteten Strukturwandel der Weltwirtschaft ist England, dessen hoher Lebensstandard vor allem auf dem regen Handelsverkehr des Mutterlandes mit dem überseeischen Empire und der übrigen Welt beruhte. Aber das Auslandskapital nicht nur von England, sondern von ganz Europa ist in 2 Kriegen weitgehend aufgezehrt worden. Noch 1938 war Europa der Gläubiger von 70% aller internationalen Schulden, die auf 36,8 Milliarden Dollar veranschlagt worden sind. Ein großer Teil dieser Forderungen ist vor 1914 entstanden. Die Mobilisierung und Aktivierung der überseeischen Reserven nach dem 1. Weltkrieg ermöglichte es Europa, dessen Industriepotential 1918 weitgehend erhalten war, den Handelsaustausch in großem Umfang bald wieder aufzunehmen und dadurch auch weiterhin einen hohen Lebensstandard aufrechtzuerhalten. Durch den 2. Weltkrieg sind diese Reserven bis auf ein paar Milliarden unproduktiv für Krieg und Rüstung verbraucht worden.

Da also ein Rückgriff auf alte Aktiva in größerem Umfange nicht möglich war, sahen sich die europäischen Regierungen vor die Aufgabe gestellt, mit eigenen Mitteln einen Wiederaufbau in die Wege zu leiten.

In all den Fällen, in denen die Kräfte der privaten Wirtschaft nicht mehr genügen, um einen ausreichenden Beschäftigungsstand und damit einen organischen Wirtschaftsablauf zu gewährleisten, müssen öffentliche Mittel eingesetzt werden. Die Bereitstellung dieser Mittel im großen kann aber nur über das Budget erfolgen, und so wird der Staatshaushalt in steigendem Maße zum Regulator für die gesamte Wirtschaft.

Der Staat erhebt für seine Staatstätigkeit und zur Bewältigung der öffentlichen Aufgaben Steuern, Zölle und sonstige Abgaben. Volkswirtschaftlich gesehen entzieht er damit einen Teil der Kaufkraft der privaten Hand, um selbst zu wirtschaften und den Teil des Sozialprodukts, dessen er für seine Staatsaufgaben bedarf, zu bezahlen. Der Umfang des

Sozialprodukts wird durch diesen Vorgang — die Deckung der reinen regulierenden Staatsaufgaben — praktisch kaum verändert. Wesentlicher ist für die güterwirtschaftliche Funktion des normalen ordentlichen Budgets die Tatsache, daß über den Haushalt durch die Lenkung der Nachfrage auch die Struktur des Sozialproduktes weitgehend beeinflußt werden kann. Je umfangreicher das Budget ist, umso größer ist die Möglichkeit, Einfluß auf die Verteilung des Sozialproduktes zu nehmen, weil durch die damit gewonnenen Mittel die Wirtschaft entscheidende Impulse erhält. ⁴⁾

Von ausschlaggebender Bedeutung für eine solche Politik ist die Handhabung der Steuer. In den Empfehlungen Trumans⁵⁾ an den Kongreß heißt es z. B., daß die Steuerpolitik den wachsenden Bedürfnissen der wirtschaftlichen Entwicklung angepaßt sein müsse. Das gelte sowohl für die Erhebung höherer Steuern (als Bremse) in Zeiten der Inflation als auch für Steuererleichterungen in Zeiten der Depression. So wird die Steuer- und Finanzpolitik zum entscheidenden Faktor, um weder einen Mangel an Geld und damit ein Überangebot an Arbeitskraft noch ein Überangebot an Geld und in Zusammenhang damit ein Unterangebot an Arbeitskraft aufkommen zu lassen.

Nachhaltiger ist die Beeinflussung des Sozialproduktes und der Produktion durch die Bereitstellung von öffentlichen Krediten oder — etymologisch gesprochen — durch eine defizitäre Budgetpolitik. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß eine solche Kreditpolitik im Kriege wie im Frieden erhebliche Gefahren in sich birgt. Wir haben gelernt, daß eine Ausweitung des Budgets durch öffentliche Kredite zur Finanzierung großer Projekte im Grunde eine Kaufkraft vortäuscht, die güterwirtschaftlich zunächst nicht gedeckt ist. Wird diese Deckung nachträglich erreicht, wie es z. B. bei normalen Investitionen der Fall ist, so ist die Gefahr einer inflationistischen Verschuldung gebannt. Bleibt aber diese echte güterwirtschaftliche Deckung aus, wie z. B. bei Rüstungs- und Kriegsfinanzierungen, so erliegt die Regierung allzuleicht der Versuchung, durch Währungsmanipulationen dieses Defizit rechnerisch ausgleichen zu wollen und damit eine inflationistische Entwicklung einzuleiten.

Wenn die staatliche Finanz- und Kreditpolitik keiner demokratischen Kontrolle unterliegt, wie dies in den diktatorisch regierten Staaten der Fall war, sind eigentlich immer die Haushalte im Laufe der Zeit durch unproduktive Ausgaben für Rüstung und Kriegswirtschaft in einem volkswirtschaftlich nicht mehr vertretbarem Umfang

⁴⁾ Näheres über diesen Komplex bei J. Koulis „Die öffentlichen Ausgaben als volkswirtschaftliche Erscheinung“ Frankfurt 1948.

⁵⁾ Vergl. dazu auch den Bericht des Council of Economic Advisers mit den 6 Leitsätzen zur Wirtschaftspolitik. Dieser Bericht bildet bekanntlich die Grundlage für Trumans Empfehlungen an den Kongreß. Ein erster Bericht darüber in der Neuen Zürcher Zeitung vom 12. 1. 1949.

belastet worden, und es scheint so, als ob die Finanzierung moderner Kriege überhaupt nur durch eine ins Gigantische gesteigerte defizitäre Haushaltspolitik möglich ist. Die echte — erarbeitete — Kaufkraft des Volkes wird dabei von der fiktiven mehr oder weniger aufgesogen.

Aber auch für die Friedenswirtschaft ist, wie die Nachkriegsentwicklung bereits gezeigt hat, die richtige Verteilung und Lenkung dieser zusätzlich geschaffenen Kaufkraft von ausschlaggebender Bedeutung. Der Vergleich mit anderen Nationalwirtschaften warnt uns, zugunsten eines vorübergehend höheren Lebensstandards dem Konsumverzehr allzugroße Konzessionen zu Lasten der Investition zu machen, weil damit nur der endgültige und echte Wiederaufbau unseres wirtschaftlichen Lebens eingeeengt und hinausgezögert wird.

Die Bedeutung des Marshallplanes liegt nicht nur in der Einfuhr dringend benötigter Waren und Rohstoffe für den Wiederaufbau in den einzelnen Ländern, sondern ebenso auch in den Krediten, die der Wirtschaft aus den Gegenwerten für die Warenlieferungen zur Verfügung gestellt werden. Sie sollen der Erschließung der eigenen Quellen dienen, die vor allem durch echtes Sparen, d. h. Verzicht auf Konsum, gespeist werden können. Auch insoweit hat das Budget vor allem im Zusammenhang mit der Steuerpolitik entscheidende Lenkungsfunktionen.

Vergessen wir schließlich nicht, daß nur eine lange friedliche und krisenlose Entwicklung für die Volkswirtschaft und den einzelnen den Nutzen aus den durch die Kredite zusätzlich geschaffenen Produktionsmitteln sichert. Zweimal ist die Entwicklung im letzten halben Jahrhundert jäh unterbrochen und die gesamte Volkswirtschaft einem ungeheuren Abnutzungsprozeß unterworfen worden.

Die Folgen sind die ständig steigenden öffentlichen Verschuldungen der einzelnen Staaten, für die ich vier Beispiele geben möchte:

Seit 1914 haben sich die öffentlichen Schulden der Länder Großbritannien, Schweden, Schweiz und USA in ihren eigenen Währungen wie folgt entwickelt:

	In Milliarden der betr. Landeswährung		
	1914	1939	1947
Großbritannien	0.706	8.301	26.804
Schweden	0.744	2.664	11.287
Schweiz	0.332	3.101	11.476
USA	1.188	45.890	258.376

Wenn sich die Dynamik dieser Zahlen durch eine, vor allem in den letzten 8 Jahren, zu verzeichnende Verringerung der Kaufkraft jeder Währungseinheit etwas gemildert hat, so darf man die Bedeutung dieses Problems vornehmlich für Zeiten der Deflation keineswegs unterschätzen.⁶⁾

Die Aufblähung des Notenumlaufs mag die Härte der Problematik mitunter etwas verschleiert haben, aber eine verantwortungsbewußte Budget-Politik wird auf eine gesunde Reduzierung der öffentlichen Staatsschuld im Verhältnis zum gesamten Volksvermögen und Volkseinkommen auch in Zukunft größten Wert legen müssen. Dabei ist hinsichtlich Westdeutschlands hinzuzufügen, daß der sehr starken Verringerung der öffentlichen Schuld durch die Währungsreform die sehr starken realen Verluste und Schrumpfungen unserer Wirtschaft entsprechen. Das darf keineswegs dazu verleiten, durch Forderungen von den verschiedenen Seiten wieder eine ähnlich starke Schuldenbelastung des Staates zu verursachen.

II.

Die Liquidation des 2. Weltkrieges stellt die Besiegten ebenso wie die Sieger vor schwerwiegende wirtschaftliche und finanzielle Entscheidungen. Der totale Krieg ganzer Völker hat die totale Mobilisation auch der Finanzen und der Volkswirtschaft mit sich gebracht; denn die Kosten eines modernen Krieges können nicht mehr, wie in früheren Zeiten, ganz oder auch nur zu einem wesentlichen Teil aus einem thesaurierten Staatsschatz bestritten werden. Das beweist allein schon die Tatsache, daß die öffentlichen Ausgaben während des Krieges auf weit über 50 % des Nationaleinkommens der einzelnen Länder angestiegen sind. Keinem der kriegführenden Staaten ist es dabei gelungen, für Kriegsausgaben in dieser Höhe die Mittel in einem ordentlichen Haushalt bereitzustellen. Sie konnten vielmehr nur durch außerordentliche Maßnahmen, die eine sehr weitgehende Einflußnahme des Staates auf die Wirtschaft bedingten, aufgebracht werden.

Die Staatsaufträge wurden der bestimmende Faktor in der gesamten Produktion. Je mehr der private Konsum durch erhöhte Steuern und Zwangsbewirtschaftung sowie die private Investition durch Mobilisierung des vorhandenen Kapitals für Staatszwecke (Anleihen) eingeschränkt wurde, umso größer wurde die Einflußnahme des Staates auf die Produktion (durch öffentliche Aufträge), umso umfangreicher aber auch das Budget, denn es galt eben nicht nur die finanziellen Mittel für den Krieg und die Rüstung, sondern auch die Rohstoffe

⁶⁾ Zu diesem Thema vergl. insbesondere den sogenannten Colwyn-Bericht cmd 2800 London (Report of the Committee on National Debt and Taxation) London 1927.

bereitzustellen und die wirtschaftlichen Voraussetzungen für diese Produktion zu schaffen. Eine Erhöhung der Lohn- und Einkommensteuer z. B. brachte nicht nur dem Staat erhöhte Einkünfte, sondern bewirkte auch eine Minderung der privaten Kaufkraft und damit die Freistellung eines entsprechenden Teils des Sozialproduktes für den öffentlichen Bedarf. Der Einsatz staatlicher Mittel fand in der nur langfristig beeinflussbaren Struktur und der Kapazität der einzelnen nationalen Volkswirtschaften seine natürliche Grenze.

Die Erkenntnisse aus der Entwicklung während des Krieges haben nun auch die Wiederaufbaupläne der Regierungen nach Kriegsschluß maßgebend beeinflußt und der Haushaltsplanung eine geradezu zentrale Stellung im Rahmen der gesamten Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierungen zugewiesen. Das Budget, d. h. der Einsatz öffentlicher Mittel für die Beseitigung der Kriegsschäden, ist heute in den meisten Ländern das entscheidende Instrument der Wirtschaftspolitik geworden, das allerdings vorerst noch mit recht unterschiedlicher Virtuosität gehandhabt wird.

In den letzten Jahren hat sich im Hinblick auf die laufende Finanzierung der Kriegs- und Rüstungsausgaben der Brauch herausgebildet, bei der Aufstellung des Budgets auch eine Übersicht über das wirtschaftliche Potential der Nation, das Volkseinkommen, seinen Umfang und seine Verteilung auf Konsum und Sparrate zusammenzustellen, um daraus zu ersehen, welche Beträge für Anleihen zur Verfügung stehen.

In

Großbritannien

hat das Schatzamt erstmalig 1944 eine solche Wirtschaftsbilanz über das Potential der Nation aufgestellt, um die für die weitere Finanzierung des Krieges disponiblen Geldmittel abzuschätzen.⁷⁾ Diese Zusammenstellung ist dann für 1945 bei der Aufstellung des jährlichen Budgets gleichsam als wirtschaftspolitischer Grundriß mitverarbeitet worden. Die darin getroffenen Feststellungen über Änderungen in der Zusammensetzung des Nationaleinkommens sowie in der Verteilung der öffentlichen und privaten Ausgaben haben mit die Grundlage für die weitere Finanzpolitik der britischen Regierung abgegeben und zu einer engen Verflechtung von Wirtschaft und Finanzpolitik beigetragen.

Wegen der Abhängigkeit der hochindustrialisierten europäischen Staaten von der Lebensmittel- und Rohstoffeinfuhr ist eine ausgeglichene Zahlungsbilanz für eine Normalisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse von entscheidender Bedeutung. Wenn auch zunächst die notwendigen

⁷⁾ Näheres darüber bei Laufenburger a.a.O. S. 123 ff.

Einfuhren durch die Marshallplanhilfe gedeckt sind, so ist es Aufgabe der Regierung, durch systematischen Wieder- und Neuaufbau einer leistungsfähigen Exportindustrie den Ausgleich mit eigenen Mitteln anzustreben.⁸⁾

Für die Haushaltsplanung erwächst daraus die Aufgabe, Vorsorge dafür zu treffen, daß die Befriedigung der aufgestauten Kaufkraft und des sozial berechtigten Konsumbedarfs so mit den volkswirtschaftlich notwendigen Investitionen abgestimmt wird, daß keine einseitige Überbeanspruchung des Sozialprodukts weder zugunsten des Konsums noch zugunsten der Investition eintritt, sondern daß sich nach Möglichkeit eine gegenseitige Ergänzung ergibt.

Gegenüber der Zeit nach dem 1. Weltkrieg liegt der Schwerpunkt der Initiative heute bei der staatlichen Finanzpolitik; die Bedeutung des Privatkapitals ist erheblich zurückgegangen.

Welchen Umfang die Staatstätigkeit in England angenommen hat, zeigt am deutlichsten ein Vergleich zwischen dem prozentualen Anteil des öffentlichen Bedarfs am Volkseinkommen im Jahre 1913, am Ende der liberalen Ära, und im Jahre 1946, nach dem 2. Weltkrieg.

1913 öffentlicher Finanzbedarf	0,277 Milliarden £
	= 11,9% des Volkseinkommens,
1946 öffentlicher Finanzbedarf	3,168 Milliarden £
	= 37,3% des Volkseinkommens. ⁹⁾

Diese Entwicklung wird dadurch weiter gefördert, daß die britische Regierung bemüht ist, die Vollbeschäftigung, die sie im Sinne von Keynes als eine wesentliche Voraussetzung für eine dauernde Gesundheit ansieht, durch den Einsatz erheblicher Staatsmittel aufrechtzuerhalten.

In dem britischen long-term-plan, der dem OEEC Anfang Oktober 1948 überreicht wurde, ist vorgesehen, das wirtschaftliche Gleichgewicht des Landes und den Ausgleich der Zahlungsbilanz bis zum Ablauf des Marshall-Planes herzustellen. Der Plan hält an dem Prinzip der Vollbeschäftigung fest, die durch einen stark forcierten Export, aber auch durch erhöhte Inlandsproduktion — bis 1952 soll eine mehr als 50%ige Steigerung erreicht werden — gewährleistet sein soll. Die dafür notwendigen Investitionen werden auf jährlich etwa 2 Milliarden £, d. h. rd. ein Fünftel

⁸⁾ 1947 betrug das Gold- und Dollardefizit Großbritanniens noch 1.024 Mio Pfd. St., gegenüber 82 Mio Pfd. St. im 1. Quartal 1949.

⁹⁾ Zitiert nach einem Artikel von Schmolders: Expansion der Staatswirtschaft in Europa-Archiv, November 1948, S. 1677 ff.

des Nationaleinkommens, veranschlagt.¹⁰⁾ Die Bestimmung eines großen Teiles der Produktion für Export und Investition zwingt die Regierung zunächst zu einer rigorosen internen Finanz- und Wirtschaftspolitik im Sinne der Einschränkung des Konsumbedarfs zugunsten der Investition. In dem Begriff *Austerity* — *Einschränkung*, nämlich des Konsums — hat die englische Regierung diese Politik schlagwortartig zusammengefaßt. Mit dieser Methode der sparsamen Budget- und Lebenshaltung ist es ihr gelungen, den Staatshaushalt für 1948/49 mit einem Überschuß der Einnahmen über die laufenden Ausgaben in Höhe von 831 Mio £ gegen 244 Millionen £ 1947/48 abzuschließen, wobei der Überschuß sogar noch mit 42 Millionen £ über dem Voranschlag liegt. Die schwebende Schuld konnte um 644 Millionen £ gesenkt werden. Trotzdem sind Steuerensenkungen infolge einer Kürzung der Staatsausgaben unmöglich, solange der Aufwand für Verteidigung und Sozialfürsorge¹¹⁾ auf der jetzigen Höhe bleibt, weil sonst ein Ausgleich zwischen Nationalausgaben und Nationaleinnahmen wieder gefährdet würde.

Im neuen Haushalt sind Investitionen aller Art einschließlich des Hausbaues auf 1,755 Milliarden £ veranschlagt, was eine Steigerung um 7,3% gegenüber dem Vorjahr bedeutet, während sich das Volkseinkommen lediglich um 2 1/2 % auf insgesamt 10,9 Milliarden £ erhöht hat.

Wenn auch ein erheblicher Teil der Investitionen zunächst mit Hilfe ausländischer Mittel gedeckt werden muß, so ist es doch offensichtlich das Ziel der Regierung, allmählich die notwendigen Kapitalien, soweit sie durch Sparkapital nicht aufgebracht werden können, durch Budget-Überschüsse bereitzustellen, welche die Folge einer konsumeinengenden, rigorosen Steuerpolitik sind. Offenbar hat sich in England die Ansicht durchgesetzt, daß nur auf diese Art ein echtes Gleichgewicht in Haushalt und Wirtschaft wiederhergestellt und eine Inflation vermieden werden kann, indem schließlich ein Ausgleich von Geld, d. h. von Nachfrage, und Sozialprodukt, d. h. von Angebot, entsteht.

Ähnlich wie in England systematisch durch den weitgehenden und umfassenden Einsatz staatlicher Mittel der Wiederaufbau der Wirtschaft und der Finanzen auf lange Sicht unter planmäßiger Förderung der Vollbeschäftigung betrieben wird, sucht auch

Frankreich

in einem 4-Jahres-Plan die Grundlagen für eine Normalisierung seines Wirtschaftslebens zu legen.

¹⁰⁾ Da eine Einsicht in die originalen Haushaltspläne nicht möglich war, mußten die Zahlen aus den in Deutschland z. Zt. erhältlichen internationalen Zeitungen und Zeitschriften entnommen werden.

¹¹⁾ Bezeichnend ist, daß bei den nachträglichen Bewilligungen für den Haushalt des vergangenen Jahres in Höhe von 221 Millionen Pfd. St. 30 % auf das Produktionsministerium und 26,5 % auf das Gesundheitsministerium entfallen.

Dabei ist die Pariser Regierung insofern in einer ungleich schwierigeren Lage, als die französische Industrie durch den Krieg erheblich stärker gelitten hat als die englische. Außerdem muß die Regierung aus innerpolitischen Gründen bei der entscheidenden Frage, welcher Anteil vom Sozialprodukt für den laufenden Konsum belassen werden soll, Konzessionen machen, um den Lebensstandard der breiten Masse nicht zu stark absinken zu lassen. Hinzu kommt ferner, daß die Voraussetzungen für eine umfassende staatliche Planung und Lenkung in Frankreich insofern nicht so günstig liegen wie in England, weil in Großbritannien die Staatstätigkeit gerade während des Krieges weiter ausgebaut worden ist, die Friedensplanung sich also bereits eines, wenn auch noch nicht voll entwickelten Systems bedienen konnte. Bezeichnenderweise ist auch der öffentliche Finanzbedarf Frankreichs mit 22,7% des Sozialprodukts im Jahre 1946 geringer als der englische, während 1913 der öffentliche Finanzbedarf Frankreichs in Höhe von 6,2 Milliarden frs = 17,2% des Sozialprodukts über dem englischen Anteil lag.

So muß also Frankreich schon hinsichtlich der Lenkungsmittel und der Methodik einiges nachholen. Hinzu kommt ferner, daß infolge der stärkeren Kriegsschäden und des zweimaligen Machthaberwechsels die französische Industrie so geschwächt worden ist, daß das nach dem Krieg verfügbare und lenkbare Sozialprodukt relativ klein ist. Jean Monnet, der Generalsekretär für Wirtschaftsplanung, nach dem der französische Vierjahres-Plan benannt worden ist, hat für die Jahre von 1947 bis 1950 öffentliche Investitionen in Höhe von 2 250 Milliarden frs vorgesehen, was einem Jahresdurchschnitt von 560 Milliarden frs entspricht. Während 1938 die für Investitionen neu verfügbaren Mittel nur etwa 5% des National-einkommens ausmachten, sollen nach dem Monnet-Plan insgesamt rd. $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{3}$ des Volkseinkommens für Investitionen jährlich aus öffentlicher und privater Hand ausgegeben werden. Nach den neuesten Plänen wird dabei die Landwirtschaft eine viel stärkere Berücksichtigung als ursprünglich beabsichtigt erfahren.

Die Budgets in diesen Jahren werden mit erheblichen, aber allmählich geringer werdenden Fehlbeträgen abschließen, die durch Kredite und Anleihen gedeckt werden sollen. Erleichtert wird diese Entwicklung dadurch, daß die Staatsschuld Frankreichs gegenüber der Vorkriegszeit nominell zwar um das 7-fache gestiegen, aber infolge der inflationistischen Entwicklung an wirklichem Wert zurückgegangen ist.¹²⁾ Die Kosten dieser Entschuldung durch Inflation haben, wie in allen Staaten, vor allem die Renten- und Staatsanleihenbesitzer zu zahlen.

Wegen der geringen Spartätigkeit, die für 1948 nur auf 3—4% des Volkseinkommens geschätzt wird, bereitete die Finanzierung der In-

¹²⁾ Vor dem Kriege 445 Mia frs,
In Prozenten des
Volkseinkommens = 118 %

nach dem Kriege 3 272 Mia frs.
= knapp 50 %

vestition erhebliche Schwierigkeiten, zumal der Konsum ebenfalls um etwa 10% zugenommen hat. Dementsprechend sind ein Anwachsen der Bankkredite im privaten Sektor und erhebliche Vorschüsse der Notenbank an die Staatskasse für 1947 und in etwas geringerem Maße auch für 1948 zu verzeichnen.

Damit ist eine nicht unbedenkliche inflationistische Entwicklung eingeleitet worden, die zunächst nur durch Zurverfügungstellung der Marshallplangelder abgestoppt werden konnte. Eine gewisse Entlastung trat später durch die günstige Aufnahme der neuen französischen Staatsanleihe in der Öffentlichkeit ein, die zu einem vollen Erfolg für die Regierung geworden ist. Insgesamt wurden 297 Milliarden frs gezeichnet, von denen 145 Milliarden frs auf umgetauschte Vorkriegsrenten, 44 Milliarden frs auf gewöhnliche und Wiederaufbauschatzscheine und rd. 108 Milliarden frs auf neues Geld, d. h. echtes Sparkapital, entfallen. Dieses neue Geld stammt nicht aus abgehobenen Spargeldern, oder anderen Depositen, sondern offensichtlich aus thesaurierten Geldern, stellt also neues Sparkapital dar. Damit dürfte die Regierung der Notwendigkeit enthoben sein, neue Steuererhöhungen vorzunehmen, die zunächst geplant waren.

So wird gerade an diesem Beispiel die Bedeutung der staatlichen Alternative zur Bildung von Sparkapital — sozusagen auf freiwilliger Basis — oder zur Schaffung neuer Steuern — sozusagen als Zwangsmittel — für die Beschaffung der notwendigen Investitionsmittel besonders unterstrichen.

Der Erfolg des Vierjahresplanes und der Wiederaufbau Frankreichs werden vor allem davon abhängen, inwieweit es gelingt, die Auslandshilfe für den Wiederaufbau einzusetzen. Ein weiterer Rückgriff auf die Notenbank würde den Sparwillen sicher zum Erliegen bringen und den Staat einer seiner wichtigsten Voraussetzungen für die weitere Finanzierung des auch nach 1952 sicher noch notwendigen Aufbaus berauben.

Dabei bleibt abzuwarten, ob die derzeitigen Planungsmaßnahmen genügen werden, um Frankreich einen dauernden Wohlstand zu sichern. Nicht zu Unrecht ist vorgebracht worden, daß die Mittel dafür nicht ausreichend erscheinen und die Maßnahmen auch nicht genügend aufeinander abgestimmt seien, um eine entscheidende therapeutische Wirkung zu haben.¹³⁾

Während es zunächst den Anschein hat, als ob

die Benelux-Staaten

vorerst einen etwas liberalen Kurs hinsichtlich ihrer Haushaltspolitik einschlagen würden, hat sich inzwischen doch, wenn auch in verschiede-

¹³⁾ So Laufenburger S. 113 ff.

nem Umfang, das planwirtschaftliche Denken stärker durchgesetzt; diese Länder haben einen gemeinsamen langfristigen Wirtschaftsplan in Paris vorgelegt, der ein Gleichgewicht zwischen Investition und Verbrauch sowie zwischen Volkseinkommen und sozialen Anforderungen der Bevölkerung im Rahmen der ERP-Planung anstrebt, was durch einen intensiven Handelsaustausch unter den Partnern und vor allem durch eine Rationalisierung und Erneuerung des Produktionsapparates sowie durch die bestmögliche Verwendung der ständig neu zufließenden Arbeitskräfte erreicht werden soll.

Es ist bezeichnend, daß die Länder, die einen größeren Neuaufbau zu vollziehen haben, rationeller wirtschaften und daher umfangreicher planen müssen. So hat Holland, das durch den Krieg stark gelitten hat, 1946 neben dem Finanzbudget ein Wirtschaftsbudget mit einem Überschlag über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes aufgestellt. Besonders nachteilig wirkte sich für die holländische Zahlungsbilanz und damit auch für die Gesamtfinanzen die Lage in Indonesien aus, das früher etwa 9% des holländischen Volkseinkommens aufgebracht hat. Nur durch einen weitgehenden Verbrauch seiner Reserven und Devisenwerte konnte Holland den Wiederaufbau ernsthaft in Angriff nehmen.¹⁴⁾ Nach kompetenten Schätzungen sind heute noch 12–15% des Nationaleinkommens in Wirklichkeit nichts anderes als Kapitalverzehr. Demgegenüber stehen Lieferungen im Rahmen des Marshallplanes, die für 1949 etwa 8% des Volkseinkommens betragen sollen.¹⁵⁾

Durch einen weitgehenden Abbau der Subventionspolitik konnten die Fehlbeträge im holländischen Haushalt entsprechend herabgesetzt werden. Sie wurden allerdings nur dadurch erkaufte bzw. erzwungen, daß eine gewisse Preiserhöhung sozial wichtiger Konsumgüter und damit eine Senkung des Lebensstandards eintrat. Auf der gleichen Linie liegt es, wenn in den offiziellen Erläuterungen zum neuen Budget darauf hingewiesen wird, daß der Verbrauch weiterhin eingeschränkt werden müsse, denn es gelte, den kommenden Generationen zunächst eine ausreichende Kapitalausrüstung zu erarbeiten, was wiederum eine Einengung des Konsums, vornehmlich durch den Preismechanismus, erfordere.

Nach den bisher vorliegenden Zahlen hat das Volkseinkommen im Jahre 1947 um 22%, von 9,33 Milliarden hfl auf 11,34 Milliarden hfl, zugenommen, wobei zu berücksichtigen bleibt, daß auch die Preise eine

¹⁴⁾ Bis zum 1. Quartal 1948 sind 650 Millionen hfl. in Gold und 600 Millionen hfl. in Devisenwerten veräußert worden.

¹⁵⁾ Ohne die Marshallplanhilfe hätten 900 Millionen hfl. weniger für die Investitionen und rd. 1 Milliarde hfl. weniger für den Konsum zur Verfügung gestanden. Infolge der stärkeren Vermehrung der Bevölkerung hat Holland die Aufgabe, in seiner Industrie Arbeitsmöglichkeiten für 200 000 zusätzliche Arbeitskräfte bis 1950 zu schaffen.

— wenn auch geringere — Zunahme zu verzeichnen hatten. Der effektive Zuwachs dürfte daher nur ein knappes Fünftel betragen, also nicht ganz soviel ausmachen, wie die Investitionsrate, so daß die Differenz (zugunsten der Investition) durch einen Konsumverzicht, der durch eine Preiserhöhung verschleiert wird, aufgebracht werden muß.¹⁶⁾

Auch Belgien, das nach der Kapitulation zunächst weniger Gewicht auf Investitionen gelegt hatte, ist nunmehr bestrebt, diesen Rückstand der Investitionspolitik der öffentlichen Hand im Laufe von 10 Jahren aufzuholen, wobei die Regierung infolge der wirtschaftlich günstigeren Lage nicht ganz so scharf einzugreifen und vorzugehen braucht, wie das in Holland der Fall ist. Trotzdem dürften auch hier an die Disziplin der Bevölkerung große Anforderungen gestellt werden, wenn man bedenkt, daß dieses stark industrialisierte Land schon in normalen Jahren (1933/1934) rd. 15 % des Volkseinkommens investiert hat. Es erscheint fraglich, ob bei Erreichung des Vorkriegslebensstandards die Investitionsanforderungen voll erfüllt werden können, denn auch für die Beneluxstaaten gilt die Aufgabe, ein Gleichgewicht zwischen Investition und Verbrauch sowie zwischen Sozialprodukt und sozialem Mindestbedarf herzustellen.

Vor ähnlichen Problemen stehen die beiden nordischen Länder

Norwegen¹⁷⁾ und Dänemark¹⁸⁾.

Beide Staaten müssen jährlich mindestens rd. 1/5 des Volkseinkommens investieren, um eine Gesundung ihrer Wirtschaft zu erreichen. Bei Norwegen liegt der Schwerpunkt der Investition im Schiffsbau, bei Dänemark in der Rationalisierung und Durchorganisation der gesamten Industrie und Landwirtschaft. Auch in diesen Ländern ist eine entsprechende Budget-Ausweitung und eine wachsende Staatstätigkeit festzustellen.

Im Gegensatz zu England, aber auch zu den übrigen westeuropäischen Staaten, spielt neben der Frage des tatsächlichen Wiederaufbaus bei den langfristigen Wirtschaftsplanungen in

Italien

heute schon ein zweites Problem eine entscheidende Rolle, das seinerzeit zwar mit den Anstoß zu diesen neuen wirtschaftspolitischen Erkenntnis-

¹⁶⁾ Früher konnte rd. 1/4 der Importe allein aus stillen Reserven gedeckt werden, während heute mindestens 3/4 der Einfuhren aus regulären Ausfuhren, d. h. aus echter Arbeit, bezahlt werden müssen.

¹⁷⁾ In Norwegen, wo die Regierung ein nationalwirtschaftliches Budget aufgestellt hat, liegt der Schwerpunkt weniger bei der Kreditpolitik als vielmehr bei der Kontrolle der Rohstoffe.

¹⁸⁾ Die dänische Regierung legt für 1949 — zum 2. Mal — einen sehr fundierten nationalen Wirtschaftsplan vor, der eine genaue Abwägung zwischen Konsum und Investition vorsieht. Man ist der Auffassung, daß allzu große Konsumbeschränkungen den Anreiz zu Investitionen in der Industrie und im Handel abschwächen können, und die Regierung wird daher darauf bedacht sein, eine Politik zu verfolgen, durch die ein inflatorischer Druck auf Löhne und Preise vermieden wird. (Vergleiche Neue Zürcher Zeitung vom 19. 5. 49.)

sen gegeben hat, dann aber durch die Kriegereignisse bedeutungslos wurde: Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Durch den italienischen Vierjahresplan, wie ihn der italienische Minister Tremelloni Anfang Februar in einem großen Referat vor der Mailänder Handelskammer, wenn auch vielleicht etwas zu optimistisch, dargestellt hat, sollen zusätzlich wieder rd. 1,2 Mio Arbeitslose in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden, und auch für den jährlichen Zuwachs von 400 000 Menschen muß ein Anteil am Sozialprodukt, aber auch am Arbeitsmarkt, sichergestellt werden.¹⁹⁾

Die Mittel, die für den Wiederaufbau bestimmt werden, sind nicht zuletzt unter diesem Gesichtspunkt des Arbeitseinsatzes bereitgestellt worden. Für die Finanzierung von öffentlichen Arbeiten und Bauten sind 2 270 Milliarden Lire vorgesehen. Um die Herstellung von Produktionsgütern und der notwendigen Verbrauchsgüter für die ständig wachsende Bevölkerung zu fördern, sind für Investitionen in der Industrie 920 Milliarden und in der Landwirtschaft 555 Milliarden vorgesehen. Das Volkseinkommen soll jährlich um 6—8% auf 7 000 Milliarden Lire erhöht²⁰⁾ und das Sozialprodukt so vergrößert werden, daß bereits 1950 der Realanteil des einzelnen trotz der Vermehrung der Bevölkerung wieder den Vorkriegsstand erreicht hat.

Bezeichnenderweise liegt der Schwerpunkt zunächst bei der Erhöhung der Produktionsmittel — um etwa 50 % — gegenüber Verbrauchsgütern, die eine Steigerung von rd. 14 % erfahren sollen. In Auswirkung des Vierjahresplans erwartet man ein Ansteigen der Spartätigkeit auf 15 % des Nationaleinkommens und beabsichtigt offenbar, mit diesem angesammelten Kapital die durch außerordentliche Ausgaben stark angewachsenen Staatsschulden²¹⁾ zum Teil konsolidieren zu können; denn trotz der Inanspruchnahme der Marshallplan-Gelder kann ein solcher Plan nur durch eine defizitäre Budget-Politik realisiert werden. In dem Voranschlag für das Budget 1949/50 ist das Defizit in Höhe von rd. 175 Mia Lire vor allem auf die Aufnahme der Reparationsleistungen zurückzuführen. Bedenklich stimmt, daß es der Regierung trotz erhöhter Steuereinnahmen und Schatzscheinemissionen bisher nur gelungen ist, die Ausweitung des Notenumlaufs einzudämmen, aber nicht die inflationistische Entwicklung völlig zu stoppen.²²⁾

Von den wenigen in diesem Kriege neutral gebliebenen Staaten gilt

Schweden

als das klassische Land des langfristigen zyklischen Budgets, und die Regierung Schwedens hat das System der defizi-

¹⁹⁾ Davon wird man voraussichtlich trotz aller Bemühungen nur 50% arbeitseinsatzmäßig unterbringen können.

²⁰⁾ Nationaleinkommen 1947 4 950 Milliarden Lire, 1948 5 350 Milliarden Lire.

²¹⁾ Innere Verschuldung Ende Februar 1949 2 200 Milliarden Lire.

²²⁾ Der Zahlungsmittelumlauf ist um das 40-fache gegenüber 1938 gestiegen. Stand Ende 1948: 964 Milliarden Lire.

tären Ha
befolgt,
außerord
fung und
durch die
konsolidi

Sie ha
zyklis
sichten e
nicht über
so letztli

Die E
neutrales
auf die e
den wach
Gebiet. A
gesetzt, s
des Eink
wohl der
2 Milliar
zugunster
hat. Da
in Sch
hangs,
Plan-Hi
wirkt ha
Investiti
überhang
schaffene
geflossen,
durch Im
durch er
und auch
volkswirt
lisierung
erzielen.
Millionen
1948 bew
über 120
also insg

Diese
den durch
Investier
zu stellen

tären Haushaltsplanung nunmehr schon seit 1½ Jahrzehnten konsequent befolgt, indem sie in Zeiten der Krise die Depression durch den Einsatz außerordentlicher öffentlicher Mittel für meist langfristige Projekte abfang und das dadurch zunächst eintretende Defizit im Staatshaushalt durch die erhöhten Einkünfte wieder ausgleichen bzw. über Anleihen konsolidieren und dann amortisieren konnte.

Sie hat dafür einen besonderen Fonds zum Ausgleich der zyklischen Schwankungen angelegt, der aus politischen Rücksichten eine gewisse Größenordnung im Verhältnis zum Sozialprodukt nicht übersteigen soll, eine Einrichtung, die auch von anderen Staaten, so letztlich u. a. von Belgien, übernommen worden ist.

Die Entwicklung dieses Krieges hat nun gezeigt, daß sich auch ein neutrales Land wie Schweden dem destruktiven Einfluß eines Krieges auf die europäische Wirtschaft nicht entziehen kann, — ein Zeichen für den wachsenden internationalen Integrationsprozeß auf wirtschaftlichem Gebiet. Aber die Wirtschaftspolitik der Regierung hat Schweden instandgesetzt, seine Arbeiter weiterhin zu beschäftigen und die reale Kaufkraft des Einkommens weitgehend zu erhalten bzw. wieder herzustellen, obwohl der Kaufkraftüberhang, der zeitweilig nach dem Kriege auf über 2 Milliarden Kronen geschätzt wurde, einen dauernden Sog auf den Import zugunsten des Konsums und einen Druck auf die Währung ausgeübt hat. Das Problem der volkswirtschaftlichen Bilanz in Schweden ist die Abdeckung des Kaufkraftüberhangs, der sich — und insoweit greift das Problem in die Marshall-Plan-Hilfe über — zunächst in einem Defizit des Außenhandels ausgewirkt hat. Eingeleitet wurde diese Entwicklung durch eine weitgehende Investitionspolitik. Für 1948 hatte man zunächst mit einem Kaufkraftüberhang von rd. 1 Milliarde gerechnet. Von der durch Lohnerhöhung geschaffenen Einkommensteigerung sind erhebliche Mengen in den Konsum geflossen, die nur zu einem Teil durch eine gesteigerte Produktion und durch Importe aufgefangen werden konnten. Der Ausgleich wurde dadurch erzielt, daß eine gewisse Restriktion bei den Investitionen eintrat und auch gewisse Preissteigerungen sich regulierend auswirkten. Das volkswirtschaftliche Budget für 1949 suchte einen Ausgleich durch Stabilisierung der Einkommen und Einschränkung der Investitionsrate zu erzielen. Gegenüber 1948 fielen als Belastung der monetären Bilanz 700 Millionen Kr. durch Einschränkung des Imports, 400 Millionen Kr. durch 1948 bewilligte Lohnerhöhungen, die sich 1949 erst voll auswirken, und über 120 Millionen Kr. durch Ausgabensteigerung der öffentlichen Hand, also insgesamt 1 200 Millionen Kr. mehr ins Gewicht.

Diese für 1949 zusätzlich freigesetzte Kaufkraft soll aufgefangen werden durch Produktionssteigerungen, Preissteigerungen, Minderung der Investierung — um die Güter der allgemeinen Kaufkraft zur Verfügung zu stellen — und durch ein höheres Steueraufkommen.

Es wird damit gerechnet, daß es Schweden durch den Einsatz seiner Budgetmittel gelingt, in diesem Jahr einen Ausgleich der Handelsbilanz zu erreichen, ohne dabei in eine neue Krise zu gelangen, und die Spannung zwischen Produktion und Nachfrage auszugleichen sowie eine gewisse Entlastung des Kapitalmarktes zu ermöglichen.

Es bleibt abzuwarten, in welchem Umfang Schweden von dem ERP-Plan nicht nur äußerlich, sondern auch bestimmungsgemäß durch erstellte Investitionen und Einfuhren Gebrauch machen wird, indem es dafür auf ERP-Gelder zurückgreift, durch die seine zusätzlichen Importe gedeckt werden, die im Endeffekt darauf abzielen, den Lebensstandard der breiten Masse zu heben.

Das neue Budget 1949/50 sieht einen Überschuß von 721 Millionen Kr. vor (Einnahmen 5 116 Kr., Ausgaben 4 395 Kr.) was gegenüber 1936 mit 1 237 Millionen Kr. selbst unter Berücksichtigung einer Verminderung des inneren Wertes der Krone eine erhebliche Ausweitung darstellt.

Gleichsam das liberale Gegenstück zu Schweden bietet der 2. neutrale Staat Europas, die

Schweiz,

die noch am stärksten an der alten Tradition hängt. Aber auch die Berner Regierung hat einen länger laufenden Budget-Plan aufgestellt mit dem Ziel, bis 1950 das Gleichgewicht im Haushalt wiederherzustellen, der bisher durch die Aufwendungen für die kriegswirtschaftlichen Warengeschäfte nicht voll ausgeglichen werden konnte. Mit der Liquidation dieser Aufwendungen, die bezeichnenderweise 1947 noch über 20 % der Bundesausgaben ausmachten, bis auf einen kleinen Rest von 12 Millionen, der vornehmlich für Getreidekäufe verwandt wird, hofft man, im nächsten Jahre einen bereinigten Finanzplan aufstellen zu können, der mit 1 363 Mio sfr Einnahmen und 1 333 Mio sfr Ausgaben wieder ausgeglichen ist, aber etwa den 3-fachen Umfang des Budgets von 1936 erreicht.

Als Zeichen der Zeit sei ferner erwähnt, daß der Stand des öffentlichen Personals in der Schweiz auf das 2 $\frac{1}{2}$ -fache gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen ist, und es ist kaum wahrscheinlich, ihn trotz erheblicher Einsparung wieder auf den Vorkriegsstand herabzudrücken.

Der Aufbau der übrigen Nationalwirtschaften und die zu erwartende Sanierung der Währungen wird die derzeitige Vorrangstellung der Schweiz auf die Dauer weitgehend erschüttern. Der sich verschärfende Kampf auf den Auslandsmärkten deutet eine Konjunkturwende an, von der zunächst die Schweizer Exportindustrie betroffen ist, und die auf die übrige Wirtschaft ausstrahlen wird. Es wird interessant sein, zu beobachten, inwieweit sich dann die Schweiz veranlaßt sieht, konjunkturelle Schwankungen mit den Mitteln staatlicher Wirtschaftspolitik zu meistern.

In d
bedin
Finan
freihe
Teil d
stark
wendi
Mittel
derau

So st

z. Zt. ein
die Inve
sollen gr
beglicher
stitionen
den. Wäl
gleichen,
mit eigen
den Vor
österreich
entsprech

Der
weitert
tätigk
zum Teil
das Bud
den Inve
werden,
die Mi
große
werte

So w
Verfügu
lichen F
Forderu

Die
allgemei
1937 übe

²³⁾ Im
1948 250 M
²⁴⁾ Rd.
ihrer For

den Einsatz seiner
der Handelsbilanz
en, und die Span-
en sowie eine ge-

von dem ERP-
gemäß durch er-
n wird, indem es
sätzlichen Importe
en Lebensstandard

721 Millionen Kr.
gegenüber 1936 mit
her Verminderung
ung darstellt.

tet der 2. neutrale

er auch die Berner
aufgestellt mit dem
rzustellen, der bis-
haftlichen Waren-
er Liquidation die-
ber 20 % der Bun-
von 12 Millionen,
ftt man, im näch-
u können, der mit
ieder ausgeglichen
1936 erreicht.

Stand des öffent-
gegenüber der Vor-
n, ihn trotz erheb-
bzudrücken.

die zu erwartende
rrangstellung der
sich verschärfende
kturwende an, von
ist, und die auf die
t sein, zu beobach-
ht, konjunkturelle
politik zu meistern.

In den besetzten Ländern kann man vorerst nur sehr bedingt von einer selbständigen Wirtschafts- und Finanzpolitik reden, da die eigene Entscheidungsfreiheit zum Teil durch direkte Vorschriften, zum Teil durch einseitige wirtschaftliche Belastungen, stark gehemmt ist. Umso zwingender entsteht die Notwendigkeit, die zur freien Verfügung verbleibenden Mittel nach einem wohl überlegten Plan für den Wiederaufbau einzusetzen.

So steht in

Österreich

z. Zt. ein Vierjahresplan zur Debatte, um die Wirtschafts- und vor allem die Investitionspolitik mit dem Marshall-Plan zu koordinieren. In Zukunft sollen grundsätzlich die laufenden Ausgaben durch laufende Einnahmen beglichen, die außerordentlichen Ausgaben für Wiederaufbau und Investitionen vornehmlich aus den freigegebenen relief-Geldern gedeckt werden. Während es 1947 noch gelungen war, den gesamten Haushalt auszugleichen, konnte im Voranschlag für 1948 nur der ordentliche Haushalt mit eigenen Mitteln im Gleichgewicht gehalten werden. Das gilt auch für den Voranschlag 1949, der in seinem Volumen etwa einem Drittel des österreichischen Volkseinkommens, das auf 24 Milliarden S geschätzt wird, entspricht.

Der österreichische Haushalt ist in den letzten Jahren erheblich erweitert worden; ein Zeichen für die wachsende Staats-tätigkeit zugunsten des Wiederaufbaues, der allerdings zum Teil auch direkt durch den Marshallplan, also nicht im Umweg über das Budget, erfolgreich in Angriff genommen worden ist. Aber auch bei den Investitionen, die über den Haushalt finanziert bzw. vorfinanziert²³⁾ werden, spielt die amerikanische Hilfe eine entscheidende Rolle, weil die Mittel für den außerordentlichen Haushalt zum großen Teil aus den zunächst blockierten „Gegenwerten“ von amerikanischen Lieferungen stammen.

So wurden 1948 aus diesen „Gegenwerten“ über 2 Milliarden S zur Verfügung gestellt. Mit dieser Maßnahme war das Defizit im außerordentlichen Haushalt im wesentlichen gedeckt, das bisher durch erhebliche Forderungen der Nationalbank an den Bundesschatz aufgefangen war.²⁴⁾

Die Folgen dieser Wirtschaftspolitik beginnen sich abzuzeichnen. Die allgemeine Erzeugung hat im August bereits den Durchschnittsindex von 1937 überschritten. Die Erzeugung von Produktionsmitteln liegt bei 149,

²³⁾ Im Rahmen eines besonderen Gesetzes konnte der Fiskus bis zum Oktober 1948 250 Millionen S für den Neuaufbau zur Verfügung stellen.

²⁴⁾ Rd. 1 450 Millionen S wurden der Nationalbank Ende 1943 zur Verringerung ihrer Forderungen an den österreichischen Bundesschatz zur Verfügung gestellt.

von Konsumgütern aber erst bei 63. Es wird eine der wichtigsten Aufgaben der österreichischen Regierung sein, hier ein gesundes Verhältnis wieder herzustellen.

Die Ausweitung des Notenumlaufs zeigt, wie angespannt die monetäre Lage ist.²⁵⁾ Die Möglichkeit einer Inflation dürfte erst endgültig überwunden sein, wenn auch die Konsumgüterindustrie ihre Produktion erhöht hat, wozu die entsprechenden Rohstofflieferungen im Rahmen des Marshallplanes Voraussetzung sind. Es fragt sich, ob unter diesen Umständen das Investitionsprogramm, das im Rahmen des Vierjahresplans durchgeführt werden soll, und zwar mit 1,3 Milliarden Dollar — zum offiziellen Kurs umgerechnet — in vollem Umfang durchgeführt werden kann, ohne eine angemessene Erhöhung des Lebensstandards zu gefährden.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß nach einem kürzlichen Beschluß der Kreditlenkungscommission in der staatlichen Kreditgarantie eine Pause eingeschaltet werden soll, um eine Kreditinflation zu vermeiden.²⁶⁾

Dabei ist zu bedenken, daß in Österreich wegen des ungeheuren Konsumbedarfs nur eine sehr geringe Sparkapitalbildung zu verzeichnen ist und es daher praktisch zunächst kaum möglich sein wird, Kapital durch im Inland untergebrachte Anleihen anzusammeln.

Von entscheidendem Einfluß auf die künftige Lage der Finanzen wird es sein, ob es gelingt, die Besatzungskosten in ein tragbares Verhältnis zu den übrigen Staatseinnahmen zu bringen und durch echte Einkünfte die dafür nötigen Aufwendungen zu decken, die bisher überwiegend durch Kredite und Rückgriffe auf die Notenbank gedeckt worden sind.²⁷⁾ Geplant ist eine Steuer für Besatzungskosten, die nach einem alliierten Beschluß 10% des ordentlichen Bud-

²⁵⁾ Ausweise der Nationalbank für 1948 (NZZ Nr. 352)

	23. Jan.	30. Juni (in Mill. Schilling)	7. Dez.
Notenumlauf	3.440	4.474	5.393
Gold	47	48	49
Devisen	45	76	80
Staatsschuld	7.547	7.310	7.339
Girokonten	2.279	1.173	1.145

²⁶⁾ Bezeichnenderweise hat sich der Schwerpunkt der Geldpolitik von den Giroreserven der Kreditinstitute auf die Diskontpolitik der Nationalbank verschoben, da sie viele von den Banken zunächst gewährte Kredite refinanzieren muß.

²⁷⁾ Von Mai 1945 bis Dezember 1948 betrug der reine Finanzaufwand für Besatzungskosten rd. 5 Milliarden S, davon 1,2 Milliarden für Einlösung der alliierten Militärschillinge, 310 Milliarden für zivile Besatzungskosten, der Rest verteilt sich auf die Besatzungsmächte wie folgt:

	1945	1946 (in Mill. Schilling)	1947	1948
Insgesamt	1.500	1.292	407,5	228,5
Davon				
Rußland	900	759,5	147,5	75
Großbritannien	290	177,5	114,8	78,5
Frankreich	200	177,5	114,8	75
Vereinigte Staaten	200	177,5	30,4	—

gets n
übrige
Besatzu

Eine da
in schwie
dürfte das
und Produ
ohne drast
auf eigene
tes kaum z

Ein V
kann nu
nationa
durchge
den Imp
gleichsa
internat
grenzen

Durch d
ten und W

verbunden.
nicht volls
entscheid
unterzogen
ihre Rechtf

Neben d
über die H
wird, hat I
— Punkt 4
die Erschli
Dieser in D
der ame
wirtscha
lange Si
er sich inne
und der sp

Der Unt
tik ist in e

²⁸⁾ Die Üb
Staatsschuld
satzungskoste

²⁹⁾ In Kap
Zusammenar
weise Überse
und Jahrgang

htigsten Auf-
des Verhältnis

t die monetäre
ültig überwun-
duktion erhöht
Rahmen des
er diesen Um-
Vierjahresplans
Dollar — zum
eführt werden
s zu gefährden.

ß nach einem
der staat-
altet wer-

geheuren Kon-
erzeichen ist
Kapital durch

Finanzen wird
res Verhältnis
chte Einkünfte
wiegend durch
sind.²⁷⁾ Ge-
die nach
chen Bud-

7. Dez.

5.393
49
80
7.339
1.145

k von den Giro-
ank verschoben,
eren muß.

wand für Besat-
ng der alliierten
est verteilt sich

7 1948
g) 228,5
5 75
8 78,5
8 75
4 —

gets nicht überschreiten sollen.²⁸⁾ Die USA haben
übrigens seit dem 2. Halbjahr 1947 auf Zahlung von
Besatzungskosten verzichtet.

Eine dauernde derartige Belastung, die einen starken Aderlaß für die
in schwierigster Lage befindliche österreichische Wirtschaft darstellt,
dürfte das Bemühen der Regierung, eine gesunde Relation zwischen Geld
und Produktion herzustellen, sehr erschweren. Auch Österreich wird es
ohne drastische Sparmaßnahmen und Einschränkungen nicht möglich sein,
auf eigenen Füßen zu stehen, und gerade hierbei ist die Hilfe des Staa-
tes kaum zu entbehren.

Ein Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft
kann nur im Rahmen einer langfristige geplanten inter-
nationalen und nationalen Kooperation aller Kräfte
durchgeführt werden, die zunächst ihre entscheidenden
Impulse aus dem Marshallplan erhalten.²⁹⁾ Er ist
gleichsam ein erster Versuch einer langfristigen
internationalen Wirtschaftsplanung über Länder-
grenzen und Kontinente hinweg.

Durch den Marshallplan sind die westeuropäischen Nationalwirtschaf-
ten und Währungen mit

Amerika

verbunden. Das Bild der westeuropäischen Budget-Politik wäre daher
nicht vollständig, wenn nicht auch die für den Wiederaufbau Europas
entscheidende Wirtschaftsmacht der USA einer kurzen Betrachtung
unterzogen würde, die in der Abhängigkeit der europäischen Wirtschaft
ihre Rechtfertigung findet.

Neben dem Marshallplan, der im Prinzip weiter läuft, wenn auch
über die Höhe der Jahresquote im amerikanischen Parlament gestritten
wird, hat Präsident Truman in seiner diesjährigen Kongreßbotschaft
— Punkt 4 — die Durchführung eines neuen großen Wirtschaftsplanes,
die Erschließung der nicht entwickelten Gebiete Afrikas angekündigt.
Dieser in Deutschland leider kaum beachtete Plan zeigt, daß auch in
der amerikanischen Außenwirtschafts- und Welt-
wirtschaftspolitik der Gedanke des Planens auf
lange Sicht mehr und mehr an Boden gewinnt, nachdem
er sich innerhalb der USA mit dem Rooseveltschen New-Deal
und der späteren Rüstungs- und Kriegswirtschaft durchgesetzt hat.

Der Unterschied dieser neuen Pläne gegenüber der alten Handelspoli-
tik ist in erster Linie darin zu sehen, daß man nicht von der vorhandenen

²⁸⁾ Die Überweisung von relief-Geldern an die Bundesbank zur Abdeckung der
Staatsschuld stellt sich also praktisch als eine Finanzierung bzw. Deckung der Be-
satzungskosten dar.

²⁹⁾ In Kapitel 9 des OEEC-Berichtes an die Administration für wirtschaftliche
Zusammenarbeit findet sich eine gute Übersicht über den 1. Jahresplan. Auszugs-
weise Übersetzung in Europa-Archiv Jahrgang 3, Heft 12, Dezember 1948, S. 1720 ff.
und Jahrgang 4, Heft 1, Januar 1949, S. 1768 ff.

bzw. zu erwartenden Nachfrage ausgeht, sondern daß diese Nachfrage durch Steigerung der Konsumkraft und in Anlehnung an Keynes'sche Gedankengänge durch eine verstärkte, mehr oder weniger gelenkte Investition erst geweckt und gefördert wird. Von ähnlichen Erwägungen hatte sich seinerzeit Roosevelt bei der Einführung des New-Deal leiten lassen, als er eine umfassende Stützungsaktion für die Landwirtschaft einleitete, um vor allem die Kaufkraft der Farmer zu erhalten und damit der übrigen Industrie einen weiten Absatzmarkt zu sichern.³⁰⁾ Eine solche Aktion war, zumal in jenen Zeiten der Deflationskrise, nicht ohne Bereitstellung von erheblichen öffentlichen Mitteln möglich.

Die bald darauf einsetzende Rüstungs- und Kriegskonjunktur erforderte weitere Staatsmittel³¹⁾, und so ist das amerikanische Budget in seinem Umfang mehr und mehr von den Ausgaben her bestimmt worden und entsprechend angewachsen.

	1929	1946
Volkseinkommen	87,4 Milliarden \$	178,2 Milliarden \$
öffentl. Finanzbedarf	3,3 Milliarden \$	48,5 Milliarden \$
in Prozenten des Volkseinkommens	3,7	27,2

Der verstärkte Einsatz der Staatsmittel hat aber andererseits auch bewirkt, daß sich die Kapazität der Vereinigten Staaten gegenüber dem Stand vor dem Kriege fast verdoppelt hat; das Bruttovolkseinkommen ist um über das 1 $\frac{1}{2}$ fache gestiegen.³²⁾ Andererseits hat diese verstärkte Industrialisierung³³⁾ die Wirtschaft offensichtlich auch krisenanfälliger gemacht und damit die allgemeine Atmosphäre geschaffen, in der sich das Gefühl für die Notwendigkeit einer gewissen staatlichen Lenkung und Planung durchsetzen konnte. So ist, wie die Neue Zürcher Zeitung³⁴⁾ feststellt, in dem Denken des Amerikaners eine gewisse Wandlung zu verzeichnen, die als Übergang vom primitiven Manchesterstertum zu einer marktwirtschaftlichen, dem staatlichen Interventionismus einen gewissen Spielraum einräumenden Ordnung gekennzeichnet werden kann.³⁵⁾

Auf Grund des Employment Act of 1946 legt der Präsident dem Repräsentantenhaus neben dem eigentlichen Budget auch einen Bericht über

³⁰⁾ Die durch verstärkte Investierung an Maschinen in der Landwirtschaft erreichte bessere Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft ist dann eine der entscheidenden Voraussetzungen für die Prosperität der USA geworden.

³¹⁾ Z. B. sind die Atomforschungen von privaten Betrieben nicht mehr zu finanzieren.

³²⁾ 90 Milliarden Doll. 1939 gegen 224 Milliarden Doll. 1947 und 255 Milliarden Doll. 1948.

³³⁾ Wert der industriellen Produktionsanlagen 1939 40 Milliarden Doll., 1946 66 Milliarden Doll. Von den 26 Milliarden Doll. sind zwei Drittel durch private und ein Drittel durch öffentliche Ausgaben finanziert worden, was im Ganzen auch dem Anteil der öffentlichen Ausgaben am Volkseinkommen entspricht.

³⁴⁾ v. 29. 1. 1949.

³⁵⁾ „Das Wirtschaftsgeschehen wird in einem noch vor wenigen Jahren unvorstellbaren Maß von den Bundesbehörden beeinflußt.“ (Neue Zeitung v. 19. 3. 1949).

die wirts
Aufrechte
len. Im G
wirtschaftl
council of
Rahmen ab
beschäftigt
vate Wirts
tigungsver
Programme
wieder an
wie der vo
aber kö
sidenten, „
selbst e

Wie au
entnehmen
budgets au
gehend Ge

Die vor
stockung³⁶⁾
programme
Auslandsh
den § verb
öffentlicher
für Krisen
sich abzeich

³⁶⁾ Den m
³⁷⁾ Die
Wirtsch
weisen
ersten m
ventiver
auch noch
waren, soll
die Erstellu
wicklung de
geschädigten
nes, Stärkun
Ermächtigung
Fall, daß d
schließlich d
private Indu

³⁸⁾ Indust

³⁹⁾ Das V
gefordert. D
Staatshaush
tung dieses
Inflation bes

⁴⁰⁾ Innerl

die wirtschaftliche Lage vor, in dem vor allem Empfehlungen über die Aufrechterhaltung eines hohen Beschäftigungsniveaus enthalten sein sollen. Im Grunde stellt dieser Bericht nichts anderes als eine Art volkswirtschaftliches Budget in programmatischer Form dar, das von dem council of economic advisers aufgestellt wird.³⁶⁾ Damit wird gleichsam der Rahmen abgesteckt, dessen Umfang von den Erfordernissen für eine Vollbeschäftigung cum grano salis bestimmt wird. Wenn und soweit die private Wirtschaft nicht in der Lage ist, dieses Wirtschafts- und Beschäftigungsvolumen auszufüllen, müssen daher öffentliche Mittel in Form von Programmen eingesetzt werden. So gesehen sind also der ERP und die wieder anlaufende Rüstungswirtschaft ebenso staatliche Konjunkturpolster wie der von Truman angekündigte Afrikaplan. „All diese Pläne aber können“, so heißt es in der diesjährigen Antrittsrede des Präsidenten, „nur Erfolg haben, wenn wir in unserem Lande selbst eine dauernde Prosperität haben.“

Wie aus diesen und anderen sozialphilosophischen Bemerkungen zu entnehmen ist, dürfte der Plan eines solchen langfristigen Prosperitätsbudgets auf planwirtschaftlicher Grundlage offenbar schon recht weitgehend Gestalt gewonnen haben.³⁷⁾

Die vor allem auf dem Verbrauchssektor sich ankündigende Absatzstockung³⁸⁾ dürfte in großem Umfang durch die laufenden Regierungsprogramme aufgefangen werden, da z. B. in dem neuen Budget allein für Auslandhilfsprogramme 6,7 Milliarden \$ und für Rüstungen 14,3 Milliarden \$ verbraucht werden.³⁹⁾ Der Nachholbedarf an Wohnbauten sowie an öffentlichen Bauvorhaben ist ebenfalls noch ein umfangreiches Programm für Krisenzeiten.⁴⁰⁾ Beachtlich in diesem Zusammenhang ist übrigens die sich abzeichnende Umschichtung, indem die Investitionen etwa in doppel-

³⁶⁾ Den man etwas überspitzt als eine Art Planungsamt bezeichnen kann.

³⁷⁾ Die weitgehenden Vollmachten zur Stabilisierung der Wirtschaft, die Truman verlangt hat, gehen über die fallweisen Eingriffe Roosevelts hinaus und weisen zum erstenmal in Friedenszeiten dem Staat die Aufgabe präventiver Wirtschaftsführung zu. Ein solches Programm, in dem auch noch nicht veröffentlichte Pläne der Kriegswirtschaftsbehörden enthalten waren, soll, wie aus Pressemitteilungen zu entnehmen ist, folgendes enthalten: die Erstellung von Kleinwohnungen, die Hebung des Lebensstandards, die Entwicklung der Wasserkräfte und den Schutz der von privatwirtschaftlichem Raubbau geschädigten Forsten, weitgehende Sozialversicherung, Erhöhung des Minimallohnes, Stärkung der Gewerkschaften und Stützung der landwirtschaftlichen Preise, Ermächtigung zur Preiskontrolle und Bewirtschaftung wichtiger Rohstoffe für den Fall, daß die Kaufkraftvermehrung zu inflatorischen Spannungen führt, und schließlich die staatliche Erstellung von Produktionsanlagen für den Fall, daß die private Industrie ungenügende Investitionen macht.

³⁸⁾ Industrieproduktion Herbst 1948: 195 (1933—39 = 100),
Dez. 1948: 192, Jan. 1949: 191.

³⁹⁾ Das Verteidigungsministerium hatte zunächst eine erheblich höhere Summe gefordert. Die obere Grenze von 15 Milliarden Doll., also ein knappes Drittel des Staatshaushalts, wurde von Truman deshalb gesetzt, weil bei einer Überschreitung dieses Limits ohne anderweitige Einsparungen, die nicht möglich sind, eine Inflation befürchtet wird.

⁴⁰⁾ Innerhalb von 6 Jahren sollen 800 000 Wohnungen neu erstellt werden!

tem Umfange gegenüber den persönlichen Ausgaben gestiegen sind.⁴¹⁾ Dies spiegelt sich in einer Abwanderung der Arbeiter aus der Konsumgüterindustrie wieder.⁴²⁾ Auch in der Kreditpolitik bestimmt nicht mehr das freie Spiel von Angebot und Nachfrage das Zinsniveau, sondern dieses wird im Zusammenwirken von Schatzamt und Federal Reserve Bancs im Sinne einer marktwirtschaftlichen Steuerung festgelegt.⁴³⁾ Das Gesetz über die Militärdienstpflicht⁴⁴⁾ hat dem Präsidenten neue weitgehende Vollmachten für eine indirekte und direkte Lenkung der Wirtschaft eingeräumt. Damit sind dem Präsidenten alle Möglichkeiten gegeben, um die amerikanische Wirtschaft auch weiterhin auf der schmalen Straße zwischen Deflation und Inflation so zu führen, daß sich daraus eine weitere echte Hebung des Lebensstandards⁴⁵⁾ für alle ergibt. Eine Budgetpolitik, welche öffentliche Gelder in diesem Sinne zweckmäßig einsetzt, wird dabei auch in Zukunft eines der wichtigsten Mittel sein, das ins Auge gefaßte Ziel zu erreichen.

Die sich abzeichnende Wandlung in dem Einfluß des Budgets auf das gesamte Staats- und Wirtschaftsleben beruht auf einer Polarität des staatlichen Planens und Wirtschaftens im großen einerseits und des individuellen persönlichen Handelns im einzelnen andererseits. Ein demokratischer Staat will keine absolute Beherrschung des Wirtschaftslebens; er gibt nur die Richtlinien. Innerhalb dieser Richtlinien bleibt der Tätigkeit und Verantwortlichkeit des einzelnen oder der unabhängigen Gemeinschaften ein genügend weiter Spielraum. Demgegenüber erheben die östlichen Wirtschaftsmethoden Anspruch auf die Totalität. Es gibt

im Osten

keine Arbeitsteilung zwischen dem Planen des Staates und dem eigenverantwortlichen Handeln des einzelnen, sondern es entwickelt sich eine staatskapitalistische, alles regelnde Führung, die wegen der Mechanisierung des Wirtschaftsprozesses an einen Ameisenstaat erinnern könnte.

In einem Staat ohne Demokratie ändern sich Bedeutung und Aufgabe des Budgets. Der Staatshaushalts-

⁴¹⁾	1939	1941	1946	1947	1948
Gesamte Investitionen					
(Neubauten und Ausrüstung)	5 290	8 190	12 040	16 200	18 700
davon in Fertigwaren-Industrie	1 920	3 400	5 910	7 460	7 790
Bergbau	380	680	560	690	690
Eisenbahn	280	560	570	920	1 630
Sonst. Verkehrswege	230	340	660	800	780
Elektrizitäts- und Gaswerke	480	720	1 040	1 000	2 300

⁴²⁾ Nach Schätzungen umfaßt die Umschichtung rd. 300 000 Mann.

⁴³⁾ So wird z. Zt. eine stärkere Offenmarktpolitik erwogen, um Kaufkraft freizusetzen.

⁴⁴⁾ Durch den Selective Service Act of 1948 hat der Präsident das Recht erhalten, Prioritäten für Militär- und Rüstungsaufträge festzusetzen sowie Kontroll- und Rationierungsmaßnahmen einzuführen.

⁴⁵⁾ Die staatlichen Ausgaben für soziale Zwecke sind noch klein, aber sie bilden einen Grundstock für ein Sozialprogramm, das letztlich ebenfalls ausgleichend wirkt.

plan hat
Mittel im V
sam indirek
das Budg
tätigkei
verstaatlich
Ein weitere
der persönl
des Wirtsch
nicht entbel
zen muß.

Die Hau
letzten Jahr
listischen H
zelnem M
tivistisc
das fehlend
Investition,
gets ist. Di
machtpolitis
und eine V
stärkte Abh
die mod

So ist
wirtsch
Landes.

Die uns
finanziellen
nur unter Z
Kräfte zu be
der Bereitst
geradezu en
„konjunktur
schaft vielfä
lichkeiten b
oder bei ein
schaft dahir

⁴⁶⁾ Ein gu
dargestellt in
fast verdreif
der allgemei
Personalausg
ausgaben zw
Anteil am G
die Investition
für 1949 berei
lichten Betrie

gen sind.⁴¹⁾ Dies
Konsumgüter-
nicht mehr das
sondern dieses
reserve Bancs im
Das Gesetz über
itgehende Voll-
Wirtschaft einge-
gegeben, um die
den Straße zwi-
daraus eine
s⁴²⁾ für alle
tliche Gel-
wird dabei
Mittel sein,

Budgets auf das
r Polarität des
ts und des indi-
s. Ein demo-
herrschaftung
Richtlinien.
verantwortlichkeit
genügend wei-
schaftsmethoden

und dem eigen-
wickelt sich eine
der Mechanisie-
ern könnte.

n sich Be-
Staatshaushalts-

plan hat nicht mehr die Funktion, durch die Bereitstellung öffentlicher Mittel im Wege der Beeinflussung des Marktes, die Wirtschaft — gleichsam indirekt — im Sinne der gewollten Entwicklung anzuregen, sondern das Budget ist nur noch eine Abrechnung der Staats-tätigkeit; und es ist geradezu symptomatisch, daß die Gewinne der verstaatlichten Gesellschaften einen beachtlichen Posten darin einnehmen. Ein weiterer Unterschied zeigt sich in dem überdimensionalen Anwachsen der persönlichen Ausgaben, ein Zeichen für die totale Bürokratisierung des Wirtschaftslebens, die für die Durchsetzung des staatlichen Willens nicht entbehrlich scheint und vielfach die Funktionen des Marktes ersetzen muß.

Die Haushaltspläne der ost- und südosteuropäischen Staaten aus den letzten Jahren zeigen recht eindringlich diesen Wandel zum staatskapitalistischen Haushalt, der keine Rücksichtnahme auf den einzelnen Menschen mehr kennt und lediglich der kollektivistischen Zwangswirtschaft dient.⁴³⁾ Daraus erklärt sich das fehlende volkswirtschaftliche Gleichgewicht zwischen Konsum und Investition, das eines der Hauptprobleme jedes planwirtschaftlichen Budgets ist. Die Überspannung der Investitionsrate aus politischen, ja aus machtpolitischen Gründen, hat ein starkes Absinken des Lebensstandards und eine Verelendung der Massen zur Folge, was wiederum eine verstärkte Abhängigkeit des einzelnen vom Staate bedeutet — gleichsam die modernisierte Form der Leibeigenschaft.

So ist das Budget zugleich ein Kriterium für die wirtschaftliche und politische Verfassung eines Landes.

III.

Die uns durch den Krieg und seine Folgen gestellten wirtschaftlichen, finanziellen und sozialpolitischen Aufgaben sind so weitreichend, daß sie nur unter Zusammenfassung und bei richtig bestimmtem Einsatz aller Kräfte zu bewältigen sein werden. Bei unserer heutigen Verarmung kommt der Bereitstellung öffentlicher Mittel nicht zuletzt über das Budget eine geradezu entscheidende Bedeutung zu, aber ein derartiges wirtschaftliches, „konjunkturelles“ Budget ist nur in einem Staat möglich, dessen Wirtschaft vielfältig gegliedert ist und damit in sich gewisse Ausgleichsmöglichkeiten bietet. Denn der Einsatz öffentlicher Mittel bei einer Sparte oder bei einigen Sparten wirkt sich in einer differenzierten Volkswirtschaft dahingehend aus, daß auf Grund der bestehenden Wechselwirkun-

⁴¹⁾ Ein gutes Beispiel für eine solche Wirtschafts- metamorphose bietet Ungarn, dargestellt in seinem Budget, dessen Volumen sich innerhalb von knapp 3 Jahren fast verdreifacht hat. Die eingeleitete, aber wohl noch nicht abgeschlossene Aktion der allgemeinen Verstaatlichung spiegelt sich vor allem in dem Anwachsen der Personalausgaben wieder, die um rd. 1/2 zugenommen haben, während die Sachausgaben zwar auch noch um über 5% gestiegen, aber mit ihrem prozentualen Anteil am Gesamtbudget um fast 10% gefallen sind. Weitaus am stärksten sind die Investitionen gestiegen, die auf das Vierfache erhöht worden sind. Dabei sollen für 1949 bereits rd. 10% der gesamten Staatsausgaben durch Gewinne aus verstaatlichten Betrieben gedeckt werden.

gen zwischen den Wirtschaftssparten auch andere Wirtschaftszweige indirekt davon profitieren und sich so durch Übertragung dieses Impulses schließlich eine allgemeine Belebung ergibt. Die einzelnen westdeutschen Länder sind keine genügend großen Wirtschaftseinheiten, als daß sie kraft der vorhandenen Wechselwirkungen innerhalb ihres Bereiches durch die Aufstellung eines langfristigen Budgets, vielleicht sogar mit defizitärem Einschlag, eine selbständige Wirtschaftspolitik treiben könnten, ohne diese auf die gesamtdeutsche Wirtschaftsplanung abzustimmen. Die unterschiedliche Belegung der Länder mit Flüchtlingen und die nicht gleichmäßige Verteilung der Kriegsfolgelasten sowie das mangelnde Verfügungs- und Gestaltungsrecht über Steuern und Zölle sind weitere schwerwiegende Hintergründe.

Die erste Voraussetzung für ein wirtschaftlich konstruktives Budget ist daher zunächst ein westdeutscher Staat als Budget-Träger, der unter Berücksichtigung der Länderinteressen den großen Rahmen absteckt. Als ein erster derartiger Ansatz kann vielleicht die Einbeziehung der Bizone — als Einheit, nicht als Summe der 8 Länder — in den Marshallplan gewertet werden, wengleich der long-term-plan, der aus diesem Anlaß aufgestellt wurde, noch im luftleeren Raum schwebt; denn dieser Plan ist Stückwerk, weil faktisch eine nachhaltige Einwirkung auf die Wirtschaft über ein westdeutsches Budget nicht möglich ist.

Die zweite Voraussetzung für ein modernes Budget bei uns ist die klare Übersicht über die zur Verfügung stehenden Wirtschaftsmittel, das Wirtschaftspotential⁴⁷⁾. Solange wir nicht überblicken können, welche Industrien uns verbleiben, und solange wir nicht die Möglichkeit haben, wenigstens die entscheidenden Schlüsselindustrien der Friedenswirtschaft voll in einen langfristigen Wiederaufbauplan einzusetzen, fehlt ihm jede praktische Grundlage und Realität.

Die dritte Voraussetzung schließlich ist die Herstellung einer gesunden, d. h. für uns tragbaren Relation zwischen Sozialprodukt und Besatzungskosten. Denn nur, wenn uns ein wirklich entscheidender Anteil an dem Arbeitsergebnis unseres Volkes bleibt, hat es auch Zweck, zu versuchen, die gewaltigen Aufgaben der Nachkriegszeit im Sinne eines umfassenden Planens in Angriff zu nehmen⁴⁸⁾.

Ein solches westdeutsches Gesamtbudget macht jedoch die Haushaltspläne der Länder keineswegs überflüssig. Es wäre der Rahmen, in den

⁴⁷⁾ Ein erster, im Hinblick auf das spärlich vorliegende statistische Material sehr beachtlicher Versuch einer Wirtschaftsbilanz sind die Untersuchungen von Grünig „Volkswirtschaftliche Bilanzen 1936 und 1947“ und „Problem der Zusammensetzung und Verteilung des Sozialprodukts“ in Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Jahrgang 1948, Heft 1, bzw. Jahrgang 1949, Heft 1. Die neuesten Zusammenstellungen finden sich in dem Memorandum der Frankfurter Verwaltungen für die ERP-Verhandlungen in Paris vom Juni 1949.

⁴⁸⁾ Das neueste Material darüber ist in der Denkschrift des Finanzministeriums von Nordrhein-Westfalen enthalten.

sich diese
einmal an de
Energieträge
mäßig geplai
trotz einer ü
Wort mitspr

Zweifello
petenzen ge
Haushalt, di
arbeit be
Ein moderne
gaben zu de
Staatsmittel
durch eine
möglich. Die
Volk auf di
bisher vorlie
Viertel des
in der Größ
nissen in de
gegenüber d
staatlichen
Steuern und

Eines
Wieder
Freistell
für Zwe
rung des

Eine solc
den Lebens
sätzlicher G
schritten we
würde.

⁴⁹⁾ Das Br
arten, im Fr

Ausgaben f. o
a) Milliar
b) 1936 =
Bruttoinvesti
a) Milliar
b) 1936 =
Laufende öff
a) Milliar
b) 1936 =
Ausgaben f. o
je Kopf der
a) Dollar
b) 1936 =

sich diese Regionalbudgets recht gut einfügen ließen. Man denke nur einmal an den Ausbau der Energieversorgung, der weder hinsichtlich der Energieträger und der Energieempfänger noch der Finanzierung ländermäßig geplant werden kann, bei dem andererseits die beteiligten Länder trotz einer überländermäßigen Planung budgetmäßig ein entscheidendes Wort mitsprechen können.

Zweifelloos gefördert würde eine solche Abgrenzung der Länderkompetenzen gegenüber der Bundeskompetenz durch die Einsparungen im Haushalt, die so gehandhabt werden müßten, daß jede Doppelarbeit bei verschiedenen Instanzen vermieden wird. Ein modernes Budget hat nicht nur die Aufgabe, die normalen Staatsausgaben zu decken, sondern auch durch einen entsprechenden Einsatz der Staatsmittel zu einer Vergrößerung des Sozialprodukts beizutragen. Allein durch eine erhöhte Produktion ist eine Erhöhung des Lebensstandards möglich. Dies ergibt sich schon aus der elementaren Erkenntnis, daß kein Volk auf die Dauer mehr verbrauchen kann, als es erzeugt. Nach den bisher vorliegenden Schätzungen dürfte heute in Westdeutschland rd. ein Viertel des Nationaleinkommens durch das Budget erfaßt werden, was in der Größenordnung etwa — wenn auch nicht ganz — den Verhältnissen in den übrigen Staaten entspricht. Der wesentliche Unterschied gegenüber den anderen Ländern liegt vor allem in der Struktur, weil die staatlichen Aufwendungen in Westdeutschland praktisch allein aus Steuern und Zöllen gedeckt werden.

Eines der Hauptprobleme, das heute jedes mit dem Wiederaufbau beschäftigte Land zu lösen hat, ist die Freistellung einer genügend großen Kaufkraft für Zwecke der Investition, die für eine Vergrößerung des Sozialproduktes entscheidend ist⁴⁹⁾.

Eine solche Politik findet in der Aufrechterhaltung eines ausreichenden Lebensstandards ihre natürliche Grenze. Sie darf nicht im Wege zusätzlicher Geldschöpfung, z. B. durch Rückgriff auf die Notenbank, überschritten werden, weil sonst eine inflationistische Entwicklung einsetzen würde.

⁴⁹⁾ Das Bruttosozialprodukt der Bizone wurde, aufgegliedert nach Verwendungsarten, im Frühjahr ds. Js. vom ERP-Arbeitsausschuß folgendermaßen geschätzt:

	1936	1948	1949/50	1950/51	1951/52	1952/53
Ausgaben f. d. priv. Verbrauch						
a) Milliarden Dollar	16,0	14,8	15,7	17,1	18,0	18,6
b) 1936 = 100	100	93	98	107	113	116
Bruttoinvestitionen, geschätzt						
a) Milliarden Dollar	4,9	3,6	4,8	5,1	5,4	5,8
b) 1936 = 100	100	73	98	104	110	118
Laufende öffentl. Ausgaben						
a) Milliarden Dollar	4,4	3,0	3,7	3,8	3,9	4,0
b) 1936 = 100	100	68	84	86	89	91
Ausgaben f. d. priv. Verbrauch je Kopf der Bevölkerung						
a) Dollar	441	340	352	378	395	405
b) 1936 = 100	100	77	80	86	90	92

In Westdeutschland wird das Problem noch durch folgende Momente kompliziert:

Das Wirtschaftspotential ist durch die Kriegszerstörungen und die Nachkriegsdemontagen volkswirtschaftlich nicht mehr homogen, sondern ein Stückwerk, das erst einmal wieder ein Ganzes werden muß.

In jedem Staatshaushalt gibt es gewisse fixe Kosten, vor allem für die staatliche Verwaltung, für kulturelle Aufgaben und für Soziallasten, die sich nicht unter ein Minimum senken lassen. Infolge des biologischen Raubbaus an der tragenden Generation durch zwei Kriege sind die fixen Kosten durch übernormale Soziallasten schon höher als in anderen Ländern. Daher ist die wirtschaftspolitisch einsatzfähige Restquote verhältnismäßig klein. Sie wird aber weiter entscheidend durch die Besatzungskosten gemindert, wobei erschwerend hinzutritt, daß diese Besatzungskosten sich zum größten Teil als eine Belastung des Konsumgütermarktes auswirken. Dadurch werden die Marshallplanlieferungen, die grundsätzlich für den Wiederaufbau bestimmt sind, zu einem erheblichen Teil neutralisiert, und es wäre zu hoffen, daß die Aufstellung des westdeutschen Gesamtbudgets die Besatzungsmächte zu ähnlichen Erkenntnissen führen wird wie in Österreich. Die aus den Marshallplanlieferungen stammenden Gegenwerte werden nur dann wirklich volkswirtschaftlich produktiv verwandt werden können, wenn sie mit den übrigen Investitionen abgestimmt sind. Im Hinblick auf den ungeheuren Kapitalmangel wird man auf eine Festsetzung von Prioritäten, die zugleich der nicht zu entbehrenden privaten Kapitalsammlung und Kreditbegebung als Richtschnur dienen, nicht verzichten können. Dem Budget fällt dabei die Aufgabe zu, insbesondere auf den Sektoren helfend und stützend einzugreifen, auf denen die privatwirtschaftliche Kraft, sei es infolge mangelnder Rentabilität oder der Größe des Objekts oder Risikos, nicht ausreicht!

Zum anderen hat das Budget gleichsam eine Kontrollfunktion, indem es die Finanzierung der Investitionen nur in einem Umfang zuläßt, der jede Gefährdung der Währung ausschließt. In ähnlicher Weise, wie die privatwirtschaftlichen Investitionen in den großen Gesamtrahmen eingefügt werden, könnten auch die wirtschaftspolitischen Richtlinien, auf denen das Budget aufbaut, zwischen Bund und Ländern abgestimmt und festgelegt werden. Wir können es auf die Dauer nicht zulassen, daß einzelne Produktionszweige, die für das Gesamtgebiet und den Wiederaufbau wichtig sind, nur unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Konjunktur des einzelnen Landes eine Berücksichtigung erfahren. Man muß ferner bedenken, daß heute im Rahmen des europäischen Wiederaufbauprogramms über die Ländergrenzen hinweg eine gewisse Arbeitsteilung sich abzuzeichnen beginnt. So mußte auch für die Bizone ebenso wie für die übrigen europäischen Länder für die Koordinierung

eine Er
eine Ein
ausgleic
liegt näher,
aufeinander

Dabei so
ist, die me
außerordent
die echten
würde die w
und ein Ve
— diesen E
politik hera
darauf zu a
nahmen vol
innerhalb d
einige Jahr
damit vo
wirtscha

Die uns
bei dem jet
Sozialprodu
zitäre Budget
unsere noch
eine solche
Indem wir
schaftlich g
sammeln, kö
produkt zusa
damit zu ei
höhung des
reitstellung
jekte, wie z
Verkehrswes
fundierte B
fahren.

Das neue
Aufgaben z
zentral von
sollten. Dies
zusammenfa

¹⁰⁾ Bei den
oft übersehen,
angewachsen
einzelnen am

durch folgende

Kriegszer-
volkswirt-
ein Stück-
werden muß.

, vor allem für
für Soziallasten,
des biologischen
e sind die fixen
n anderen Län-
tquote verhält-
die Besatzungs-
ese Besatzungs-
umgütermarktes
erungen, die
u einem er-
hoffen, daß die
zungsmächte zu
n. Die aus den
den nur dann
können, wenn
inblick auf den
ng von Priori-
apitalsammlung
richten können.
besondere
zugreifen,
t, sei es in-
Größe des

unktion, indem
ang zuläßt, der
Weise, wie die
ntrahmen ein-
Richtlinien, auf
bestimmt und
assen, daß ein-
len Wiederauf-
aftlichen Kon-
erfahren. Man
en Wiederauf-
wisse Arbeits-
Bizone ebenso
rdinierung

eine Erzeugungsplanung, eine Verbrauchsplanung, eine Ein- und Ausführplanung und eine Zahlungsausgleichschätzung in Paris vorgelegt werden. Was liegt näher, als diese Planungen im Rahmen eines ordentlichen Budgets aufeinander und mit den Ländern abzustimmen?

Dabei sollte man vielleicht auch wieder stärker als es bisher geschehen ist, die mehr wirtschaftspolitischen Aufgaben und Ausgaben in einem außerordentlichen Haushalt aufführen und den ordentlichen Haushalt auf die echten Staatsausgaben, die fixen Kosten, beschränken. Zweifellos würde die wirtschaftspolitische Wertung der Länderetats damit erleichtert, und ein Vergleich der Länderbudgets wäre eher durchführbar, was — diesen Eindruck hat man mitunter — aus einer gewissen Kirchturmpolitik heraus nicht überall erwünscht ist. Dabei ist gemäß § 28 UG darauf zu achten, daß der ordentliche Haushalt aus den laufenden Einnahmen voll gedeckt ist, und daß auch der außerordentliche Haushalt innerhalb des gesamten Planungszeitraumes, der sich durchaus über einige Jahre erstrecken kann, ausgeglichen sein muß, d. h. daß die damit von Staats wegen freigesetzte Kaufkraft güterwirtschaftlich einmal voll abgedeckt wird.

Die uns verbliebene, sehr bescheidene Produktionsbasis⁵⁰⁾ wird es bei dem jetzigen und in nächster Zukunft zu erwartenden Umfang des Sozialprodukts nicht ratsam erscheinen lassen, eine ausgedehntere defizitäre Budgetpolitik, etwa nach schwedischem Muster, zu betreiben, weil unsere noch stark geschwächte Wirtschaft nicht die Reserven hat, um eine solche Kur ohne inflationistische Begleiterscheinungen zu überstehen. Indem wir durch Konsumverzicht echtes Sparkapital, d. h. güterwirtschaftlich gedeckte Anwartschaften auf Teile des Sozialprodukts, ansammeln, können wir dieses für den Konsum nicht ausgenutzte Sozialprodukt zusätzlich den Investitionen für den Wiederaufbau zuführen und damit zu einer weiteren Steigerung der Produktion, d. h. zu einer Erhöhung des Lebensstandards beitragen. Durch Steuererleichterungen, Bereitstellung von Kapital für volkswirtschaftlich förderungswürdige Objekte, wie z. B. Wohnungsbau, Ausbau der Energieversorgung und des Verkehrswesens, kann im Rahmen eines gut geplanten und wirtschaftlich fundierten Budgets der Wiederaufbau eine entscheidende Förderung erfahren.

Das neue westdeutsche Budget hat also eine Reihe von konstruktiven Aufgaben zu lösen, die ebenso wie in anderen Ländern auch bei uns zentral von höchster Warte aus geplant und in Angriff genommen werden sollten. Diese Aufgaben möchte ich zum Schluß kurz in folgende Punkte zusammenfassen:

⁵⁰⁾ Bei dem Vergleich der Produktionszahlen von 1936 mit den heutigen wird oft übersehen, daß die Bevölkerung in der Bizone von rd. 34 Mio auf über 44 Mio angewachsen ist, so daß also erst bei dem Produktionsindex 130 der Anteil des einzelnen am Sozialprodukt der gleiche ist wie 1936.

1. Das Budget soll nicht nur für die Deckung der echten Staatsausgaben sorgen, sondern auch den Wiederaufbau durch langfristig geplanten Einsatz der verbleibenden Staatsmittel produktiv fördern.
2. Das Budget hat eine gesunde Relation zwischen Konsum und Investition herzustellen, indem es den Konsumverzicht anregt und die Investierung begünstigt. Dabei ist darauf zu achten, daß trotzdem ein sozial angemessener Lebensstandard erreicht wird.
3. Es muß eine Einkommensverteilung und eine Lenkung der Kaufkraft — soweit sie über das Budget erfolgt — gewährleistet sein, die der sozialen Gerechtigkeit entsprechen.
4. Eine neu orientierte Budgetpolitik sollte vornehmlich mit den Mitteln einer regulierten Marktwirtschaft arbeiten, d. h. Impulse und Anregungen für Produktion und Verteilung geben, um konjunkturelle Schwankungen des Marktes aufzufangen.
5. Es sollte Ziel des Budgets sein, durch Einsatz von öffentlichen Mitteln und entsprechende Investitionen die Nachfrage in dem Umfange zu ordnen, daß Produktion und Beschäftigungsstand das volkswirtschaftliche Existenzminimum nicht unterschreiten.
6. Jede Gefährdung der Währung muß durch einen, wenn auch langfristigen Ausgleich zwischen staatlichen Ausgaben und güterwirtschaftlicher Deckung unterbunden werden.
7. Der Bundeshaushalt und die Länderbudgets müssen bei der Bereitstellung öffentlicher Mittel für den Wiederaufbau und die Hebung der Produktion unter Berücksichtigung des europäischen Wiederaufbauprogramms aufeinander abgestimmt sein.

Diese Lehren der Etatpolitik nicht nur der westeuropäischen Länder, sondern auch der USA bleiben zunächst nur Erkenntnisse. Ob und inwieweit wir sie in unserer praktischen Arbeit verwerten können, hängt von 3 Voraussetzungen ab:

1. Wann geben uns die Siegermächte unsere volle staatspolitische Freiheit wieder?
2. Wie hoch werden endgültig die Kriegsfolgelasten sein und in welchem Zeitabschnitt sind sie abzutragen?
3. Wird in jedem deutschen Land die Erkenntnis vorhanden sein, daß wir alle gemeinsam den Krieg verloren haben, und der Wille entstehen, auch gemeinsam den Wiederaufbau und das Friedenswerk zu vollbringen?

Ich habe die Hoffnung, daß sich die Siegermächte in absehbarer Zeit über einen Frieden für Deutschland einig werden, und ich habe die Zuversicht, daß dann jeder von uns dafür sorgt, daß wir durch friedliche Arbeit uns Achtung und Ansehen bei der übrigen Welt erwerben.

Ein wichtiger Aktivposten in dieser Zukunftsplanung sind Lehrkörper und Studierende an den Technischen Hochschulen.

